



Jahresbericht 2002

Unser Anliegen – bessere Arbeitsbedingungen und ein
besseres Leben in Europa

Schritte zur Neuausrichtung: eine Übersicht über die
Tätigkeiten der Stiftung

Lebensqualität in Europa: Lebensbedingungen

Bessere Arbeitsplätze, besseres Leben: Arbeitsbedingungen

Erweiterung des Aufgabenbereichs: Arbeitsbeziehungen

Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels

Ein integrierter Ansatz: bereichsübergreifende Themen

Entwicklungsaktivitäten

Größere Visibilität: Information und Kommunikation

Anmerkung: Die Anlagen zum Jahresbericht 2002 (nur in englischer Sprache) sind separat auf der Webseite der Stiftung (<http://www.eurofound.eu.int/publications/General.htm>) zu konsultieren.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine selbständige Einrichtung der Europäischen Union. Sie wurde geschaffen, um die Formulierung der künftigen Arbeits- und Sozialpolitik zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Stiftung unter www.eurofound.eu.int.

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2003

Anträge auf Übersetzungs- und Reproduktionsrechte sind an den Direktor der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland, zu richten.

Laut Gründungsverordnung der Stiftung (EWG Nr. 1365/75) erstellt der Direktor einen Tätigkeitsbericht und übermittelt ihn dem Verwaltungsrat. Hiermit wird der Jahresbericht 2002 dem Verwaltungsrat zur Billigung vorgelegt (Artikel 13 Absatz 1).

Nach seiner Billigung durch den Verwaltungsrat wird der Bericht an die Gemeinschaftsorgane und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss weitergegeben (Artikel 13 Absatz 2).

Unser Anliegen - bessere Arbeitsbedingungen und ein besseres Leben in Europa

Unter dem Titel *Analyse und Vorhersehen von Wandel zur Unterstützung des sozioökonomischen Fortschritts* ging die Stiftung im Jahre 2002 das Thema Förderung besserer Arbeitsbedingungen an, dem im laufenden Vierjahresarbeitsprogramm 2001-2004 höchste Priorität zukommt; Einzelheiten dazu werden in diesem Jahresbericht dargelegt. Das Jahr zeichnete sich durch die Vorbereitungen für die Erweiterung aus, was die Ausweitung des inhaltlichen und geografischen Erfassungsbereichs der Überwachungsinstrumente der Stiftung wie auch Vorbereitungen für die Einbeziehung der Beitrittsländer in die Arbeit der Stiftung im Jahre 2003 beinhaltet.

Im Vierjahresprogramm der Stiftung wird die Notwendigkeit betont, die Lebensbedingungen sowohl unter dem Gesichtspunkt des Wandels der Arbeit als solcher, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbedingungen zu analysieren als auch unter dem Gesichtspunkt Modernisierung der sozialen Absicherung und der sozialen Dienste. Dank des im Jahre 2002 erarbeiteten Rahmens für eine umfangreiche Datenerhebung wird die Lebensqualität der europäischen Bevölkerung 2003 und 2004 das zentrale Thema für die Arbeit der Stiftung darstellen.

Durch Konzentration auf eine kleinere Anzahl bedeutender Forschungsprojekte und gleichzeitig zunehmend bereichsübergreifende Analyse der Ergebnisse hoffen wir zu erreichen, dass die Arbeit der Stiftung größere Verbreitung finden und tiefgreifende Wirkungen zeitigen wird. Die uns zur Verfügung stehenden Mittel und Humanressourcen werden weiterhin optimal eingesetzt, doch haben wir nun im Rahmen der Phare-Initiative der Europäischen Kommission zusätzliche Mittel erhalten, dank derer wir in der Lage sein werden, einige größere Maßnahmen in den Beitrittsländern durchzuführen.

Bei ihrer Gründung war der Stiftung das Ziel vorgegeben worden, den europäischen Entscheidungsträgern Wissen und Informationen an die Hand zu geben, das ihnen bei ihren Bemühungen um eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Nutzen sein kann. Wir werden weiterhin unser Fachwissen in diesen Prozess einbringen, wobei das Thema „Vielfalt als Chance für Europa“ im Mittelpunkt stehen wird.

Raymond-Pierre Bodin
Direktor

Eric Verborgh
Stellvertretender Direktor

Schritte zur Neuausrichtung der Aktivitäten der Stiftung: eine Übersicht

Das Jahr 2002 war von wichtigen Änderungen hinsichtlich der Ausrichtung der Arbeit der Stiftung wie auch der Ergebnisse dieser Arbeit geprägt. Im Rahmen des Vierjahresarbeitsprogramms 2001-2004 der Stiftung wurden folgende Maßnahmen ergriffen: Die Überprüfung von Aktivitäten wurde in alle Kernbereiche aufgenommen, in weniger, aber substanzielleren Themengebieten wird strategische Forschung betrieben, und innerhalb der Stiftung wird vermehrt interdisziplinär zusammengearbeitet. Des Weiteren wurde ein großer Schritt getan, um Informationen von besserer Qualität anzubieten und die neue Informationsstrategie der Stiftung präziser auf die Zielgruppen auszurichten. Die Ergebnisse sind bereits erkennbar. Die Stiftung ist stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt worden, und die Rolle der Stiftung als Forum für die konstruktive Diskussion und Debatte auf europäischer Ebene wurde in hohem Maße gefördert.

Überwachung der Lebensqualität in Europa

Das neue Instrument zur Überwachung und Dokumentation der Lebensbedingungen und der Lebensqualität in Europa wurde seit 2002 entwickelt. Die Umfrage, die 2003 durchgeführt werden soll, konzentriert sich auf die Aspekte Beschäftigung, wirtschaftliche Ressourcen, Familienleben, Leben in der Gemeinschaft, Gesundheit und Bildung. Die Zusammenhänge zwischen diesen Bereichen stellen einen weiteren wichtigen Aspekt dar. Darüber hinaus bilden der Zugang zu und die Qualität von sozialen Einrichtungen wie denen der Gesundheitsversorgung ein Hauptthema. Dieses Überwachungs- und Dokumentationsinstrument wird zunehmend auf die beitrittswilligen Länder ausgedehnt.

Printveröffentlichungen der Stiftung

Im Jahr 2002 wurden im Rahmen einer konzertierten Aktion die Forschungen der Stiftung in bestimmten Bereichen in einem verbraucherfreundlichen Format zusammengeführt. Ziel war es, eine Kurzübersicht über die Arbeit zu bestimmten Themen zu erstellen, die im Bereich der Sozialpolitik der EU angesiedelt sind und auf vorhandenen Forschungsergebnissen der Stiftung basieren. Jedes Papier der Stiftung ist das Ergebnis des über die Stiftung hinausgehenden Ansatzes der Forschung der Stiftung und behandelt bereichsübergreifende Themen. Bis dato wurden drei Papiere von der Stiftung herausgegeben, die sich mit zweien der bereichsübergreifenden Themen befassen: mit der Förderung besserer Beschäftigung und der Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen. Die Titel der Papiere lauten: *Quality of work and employment in Europe* (in englischer und französischer Sprache), *Access to employment for vulnerable groups* (in englischer und französischer Sprache) und *Quality of women's work and employment* (in englischer Sprache). Papiere der Stiftung zu den anderen drei Themen - Umgang mit Vielfalt, Unterstützung sozialer Eingliederung und Untersuchung der veränderten Zeitnutzung - sind in Vorbereitung.

Schwerpunktverlagerung bei der strategischen Forschung

Der Schwerpunkt zwischen der Überwachung von Aktivitäten und der strategischen Forschung verlagert sich allmählich. Für die Überwachung stehen jetzt mehr Ressourcen zur Verfügung. Das Arbeitsprogramm sieht nun zwar weniger strategische Forschungsprojekte vor, dafür sind diese Projekte tiefergehend und substanzieller als bislang. Ferner zeichnet sich ein Großteil der Projekte durch eine bereichsübergreifende Thematik aus und deckt die Arbeit in nahezu allen Kernbereichen der Forschung ab. Beispiele hierfür sind die Studien über die soziale Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR), die aus verschiedenen Perspektiven betrachtet wird (Umstrukturierung, Untervergabe von Aufträgen, Umwelt und lokale Gemeinschaft), sowie die Unternehmensumfrage zum Thema Zeit. Bei den derzeitigen

Entwicklungsaktivitäten - Wissensgesellschaft und Mobilität und Migration - gibt es ähnliche Rückmeldungen und Vorschläge von allen Forschungsgruppen.

Größere Visibilität

Durch die erstmalige Einführung eines zentralen Informations- und Kommunikationsthemas im Jahr 2002 konnte den Zielgruppen der Stiftung eine kohärentere Botschaft übermittelt werden. Circa 50 % aller Informations- und Kommunikationsaktivitäten 2002 fielen in den Bereich „Förderung besserer Beschäftigungsverhältnisse“.

Die Entscheidung, die Website der Stiftung als wesentlichen Informationskanal auszubauen, hat sich als richtig erwiesen. *Eurofound* verzeichnete einen Nutzungsanstieg von 78 % gegenüber 2001. Die EIRO-Website verzeichnete im gleichen Zeitraum einen noch erheblich größeren Anstieg, und ersten Anzeichen zufolge erweist sich auch das EMCC-Webportal als viel genutzte Einrichtung. Wichtige Arbeiten zur Entwicklung der Datenbanken für das Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und die Umfrage zur Lebensqualität über das Internet erfolgten ebenfalls im Jahr 2002.

Der Schwerpunkt wurde 2002 zudem vermehrt auf Veröffentlichungen gelegt. Nach Einführung eines neuen houseigenen Stils wurden über das Jahr hinweg neuartige und mehr Veröffentlichungen herausgegeben. *Communiqué*, der Newsletter der Stiftung, erhielt ein neues Layout, und die Berichterstattung in den Medien nahm während des Jahres beträchtlich zu. Die Besucherzahlen der Stiftung stiegen im Vergleich zu 2001 um 45 % an.

Bessere Ausrichtung auf Zielgruppen

Die Kontakte mit den europäischen Einrichtungen wurden mit der Eröffnung eines Verbindungsbüros in Brüssel im Januar gestärkt. Die Verbreitung der Informationen der Stiftung über relevante Ausschüsse des Europäischen Parlaments und Bereiche des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) hat sich bereits wesentlich verbessert. Die Zusammenarbeit mit der Kommission erfolgt nun auf einer regelmäßigeren und intensiveren Basis; eine Folge dieser Zusammenarbeit sind gemeinsame Berichte in den Bereichen Arbeitsbeziehungen und Lebensbedingungen.

In sieben Mitgliedstaaten wurden nationale Verbindungsbüros eingerichtet mit der Absicht, die Informationsschnittstellen zwischen der Stiftung und ihren nationalen „Wahlkreisen“ zu verbessern. Im Anschluss an die erste Umsetzungsphase, die von Ende 2002 bis Mitte 2003 dauert, wird eine Bewertung vorgenommen, bevor die Verbindungsbüros im Jahr 2004 möglicherweise auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt werden.

Diskussionsforum

Das erste Forum der Stiftung über „Herausforderungen für das europäische Sozialmodell“ fand im August 2002 in Dublin mit Unterstützung der irischen Regierung statt. Die Auswertung des Forums erwies sich für die Förderung der Stiftung als Wissenszentrum und für die Stärkung der Rolle der Stiftung als Diskussionsforum als sehr hilfreich. Die Stiftung wurde dadurch ebenfalls einem breiteren Publikum nahegebracht. Die Teilnehmer setzten sich aus 14 Ministern aus der EU und beitragswilligen Ländern zusammen sowie hochrangigen sozioökonomischen politischen Akteuren und Denkern aus Europa. Das

Forum findet in Zukunft zweimal jährlich statt, und zwischen den Veranstaltungen werden vorbereitende Seminare angeboten.

Verbesserte interne Effizienz

Die Verantwortlichkeiten wurden zwischen der Abteilung Information und Kommunikation und der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) neu verteilt, nachdem die Abteilung IKT im Herbst 2002 einen neuen Leiter erhalten hatte. Der Schwerpunkt der Arbeit zu Information und Kommunikation liegt nun verstärkt auf Kommunikationsinhalten und Kommunikationskanälen. Um den Informationsfluss zu verbessern, wurden interne Forschungsseminare entwickelt, und mit Hilfe neuer Strukturen soll das Budget für jedes Projekt besser überwacht werden können. Zusätzliche Ressourcen in Form eines festen Pressereferenten (Anfang 2002) und weiterer Webeditoren sowie die Einstellung eines Chefredakteurs im Januar 2003 dienen ebenfalls der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz.

Initiativen zur Erweiterung

Aufgrund der Besuche, die die Direktion im Jahr 2002 in den 13 beitrittswilligen Ländern durchgeführt hat, sowie der zahlreichen Zusammenkünfte mit Regierungsvertretern und Vertretern der Sozialpartner gewann die Stiftung ein besseres Verständnis des Tripartismus in diesen Ländern und den nationalen Fragen im Bereich der Sozialpolitik. Die Besuche erfolgten im Rahmen der Vorbereitungsmaßnahmen der Stiftung für die EU-Erweiterung. Die beitrittswilligen Länder werden nun in das Arbeitsprogramm der Stiftung einbezogen, insbesondere in die Überwachungsinstrumente und die Forschungsnetzwerke, außerdem werden sie in die Stiftung und zu Veranstaltungen der Stiftung eingeladen.

Lebensqualität in Europa: Lebensbedingungen

Die europaweite Untersuchung der Lebensqualität blieb auch 2002 der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung im Bereich Lebensbedingungen.

Konkret startete die Stiftung eine neue Initiative zur Überwachung und Dokumentation der Lebensbedingungen und der Lebensqualität in der gesamten EU und den beitragswilligen Ländern. Ein im Oktober gehaltener Workshop befasste sich damit, wie die Überwachung von Aktivitäten zum Leistungsvergleich auf EU-Ebene beitragen kann; außerdem wurde untersucht, wie Verbindungen zwischen einzelnen Überwachungsinitiativen in Europa am besten gestärkt werden können. Auf einer gemeinsamen Konferenz mit der spanischen Regierung während der spanischen Präsidentschaft des Europäischen Rates wurde ein Bericht über integrierte Ansätze in der aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik („Integrated approaches to active welfare and employment policies“) vorgetragen und veröffentlicht. Auch im Bereich Lebensbedingungen wurden strategische Forschungen betrieben über die soziale Verantwortung der Unternehmen, über die Organisation von Zeit im Laufe des Lebens und über den Zusammenhang zwischen chronischen Erkrankungen und Behinderungen und den breiteren Themen der sozialen Eingliederung und der Lebensqualität.

Überwachung der Lebensqualität in Europa

Die Stiftung startete eine neue Initiative zur Überwachung und Dokumentation der Lebensbedingungen und Lebensqualität in Europa. Die erste Herausforderung bestand in der Ausarbeitung eines Ansatzes für die Lebensbedingungen, der den Zielen der Stiftung angemessen ist und somit den Bedürfnissen der politischen Entscheidungsträger, insbesondere auf EU-Ebene, gerecht wird.

Es wurde ein Bericht vorgelegt, in dem der Hauptschwerpunkt der Überwachungsstrategie der Stiftung festgehalten wurde. Aus dem Bericht geht hervor, dass innerhalb der großen Bandbreite von Themen zu Lebensbedingungen die folgenden Bereiche als Kernthemen gelten: Beschäftigung, wirtschaftliche Ressourcen, Einbindung in Familie und Gemeinschaft, Gesundheit und Bildung. Im Bericht wurde ferner betont, dass die Beziehungen zwischen diesen Themen untersucht werden müssen, besonders die Beziehungen zwischen dem Arbeitsleben und dem Leben in der Familie und Gemeinschaft. Zeit und die Nutzung von Zeit wird als eine wichtige bereichsübergreifende Dimension angesehen. Aus dem Bericht geht weiterhin hervor, dass der Zugang zu Gesundheits-, Bildungs-, Informationstechnologie-, Beschäftigungs- und Pflegediensten sowie die Qualität dieser Dienste für die Lebensqualität zwar wesentlich sind, in anderen Überwachungsaktivitäten jedoch nur unzureichend dokumentiert wurden.

Die Verfolgung des Wandel im Laufe der Zeit ist ein wichtiges Kriterium bei der Überwachung. Um mehrdimensionale Phänomene wie Lebensbedingungen und Lebensqualität verstehen zu können, müssen jedoch auch die Beziehungen zwischen den verschiedenen Dimensionen sowie die Beziehungen zwischen den Dimensionen und externen Faktoren untersucht werden. Aufgrund der Komplexität dieser Aufgabe ist eher ein analytischer Ansatz statt eines beschreibenden Ansatzes gefragt, um in diesem Bereich einen Mehrwert zu erzielen und die Grundlage für eine wissenschaftlich abgesicherte Politik zu schaffen.

Auf Basis vorhandener EU-Daten wurde eine Datenbank mit statistischen Indikatoren entwickelt, die als internes Instrument dient. Dabei wurde festgestellt, dass neue Informationen benötigt werden. Dieser Bedarf wird teilweise durch eine in 28 Ländern durchgeführte Umfrage zur Lebensqualität der Europäer abgedeckt, die für Mai und Juni 2003 geplant ist. Um die Entwicklung dieser Arbeit und die Interpretation der Ergebnisse

zu unterstützen, wurde ein Netz an Sachverständigen eingerichtet, dem Mitglieder aller beitriftswilligen Länder angehören.

Breites Spektrum für strategische Forschungsarbeiten

Zeitmanagement

Die Forschung und Konzipierung wurde im Bereich Organisation von Zeitzutzung im Arbeitsleben fortgesetzt, um andere soziale Bedürfnisse, wie Familienleben, Bildung oder Freiwilligendienste, abzudecken. Der Hauptschwerpunkt liegt auf der Änderung der Zeiteinteilung, um die Lebensqualität zu verbessern. Die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der relevanten Gruppen - Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Regierung - müssen bei der Untersuchung der Auswirkungen neuer zeitlicher Möglichkeiten und der resultierenden Neueinteilung von Zeit berücksichtigt werden. Im Rahmen des Konzeptberichts wurden Ansätze entwickelt, um eine Situation zu schaffen, von der alle Gruppen der beteiligten Akteure profitieren oder zumindest keine der Gruppen benachteiligt wird. Außerdem wurde ein anschaulicher Bericht über politische Entwicklungen der letzten Zeit in den EU-Mitgliedstaaten, Japan und den USA verfasst. Die ersten Ergebnisse der Studie wurden im November auf einem Workshop in Brüssel vorgestellt. In den Diskussionen wurde die politische Bedeutung neuer Möglichkeiten zur Einteilung der Arbeitszeit im Laufe des Lebens hervorgehoben. Beispielsweise besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Punkten wie der Verbesserung lebenslangen Lernens und der Beschäftigungsfähigkeit, der Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und der Erwerbsquote, der Sicherung der Renten und der Anhebung des tatsächlichen Ruhestandsalters. Weitere Arbeiten in diesem Bereich werden sich eingehend mit anderen Forschungsprojekten der Stiftung zu Zeitfragen befassen, wie die Unternehmensumfrage über Zeit, sowie mit neuen Daten über Zeitzutzung, die im Instrument für die Überwachung von Lebensbedingungen und die Lebensqualität vorliegen.

Erkrankung und Eingliederung

Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen bilden den Schwerpunkt der Studie zu Erkrankung und Eingliederung (*Illness and Inclusion*). Der Bericht steht im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Gipfels von Lissabon und nennt politische Schlüsselmaßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung und Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von chronisch Erkrankten und Behinderten. Die Forschungen ergaben, dass trotz jüngerer Maßnahmen, die von privaten wie öffentlichen Akteuren in Bezug auf diese Gruppe durchgeführt wurden, der Erreichung dieses Ziels weiterhin Hindernisse im Weg stehen. Es sind weitere Daten über Menschen mit chronischen körperlichen oder geistigen Erkrankungen erforderlich, und ihre Bedürfnisse müssen besser in die Beschäftigungs- und öffentliche Politik eingebunden werden. Der vorläufige Bericht, in dem die Probleme dieser Gruppe geschildert und politische Schlüsselmaßnahmen zur Eingliederung der Gruppe genannt werden, wurde im November auf einem Workshop in Brüssel vorgelegt.

Soziale Verantwortung der Unternehmen

Das Thema der sozialen Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR) betrifft eine Vielzahl von Fragen, die für die Stiftung von Bedeutung sind: soziale Eingliederung, lokale Gemeinschaft, Umwelt, Arbeitsbedingungen und Vielfalt. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung im Jahr 2002 zwei CSR-Projekte initiiert. Die Abteilung Lebensbedingungen untersuchte die Beteiligung von Unternehmen an der Entwicklung lokaler Gemeinschaften und an Umweltaktivitäten, während sich die Abteilung Arbeitsbedingungen dem Thema aus Sicht der Umstrukturierung und Subunternehmenschaft widmete. Vierzig Fallstudien, die die verschiedenen Modelle des Wohlfahrtsstaats in der EU abdecken, wurden für das Projekt über die Lebensbedingungen ausgewählt. Die Ergebnisse zeigten eindeutig, dass Unternehmen aus einer Reihe sehr komplexer Gründe CSR-Aktivitäten betreiben. Darunter fallen z. B. Verbesserung des

Firmenimage, Verbesserung von Einstellungsverfahren, Menschenfreundlichkeit, Anpassung an die soziale Wohlfahrtskultur und den sozialen Führungsstil. Allerdings ging genauso eindeutig hervor, dass Unternehmen sich nicht hinreichend mit der Kosten-Nutzen-Analyse von CSR-Aktivitäten auseinandersetzen. Im Oktober fand in Dublin ein Workshop zur Verbreitung der Ergebnisse statt, der von einer breiten Teilnehmerpalette besucht wurde, u. a. von Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, Vertretern von NROs und der Sozialpartner, Vertretern von Interessengruppen der lokalen Gemeinschaften und der Wirtschaft sowie von Vertretern der Forschungsgemeinschaft. In einem Abschlussbericht werden die Ergebnisse beider Projekte veröffentlicht.

Zugang zu Beschäftigung

Das Papier Nr. 2 der Stiftung über den Zugang benachteiligter Gruppen zu Beschäftigung (*Access to employment for vulnerable groups*) stützt sich auf Forschungen der Stiftung über Probleme von Menschen, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, von der Beschäftigung ausgeschlossen zu werden: ältere Arbeitnehmer, Personen mit Behinderungen, Angehörige ethnischer Minderheiten sowie andere benachteiligte Gruppen. Das Papier führt die Politik und Strategien auf, die erarbeitet wurden, um die Bedürfnisse dieser Gruppen zu stillen, und versucht, anhand vorhandener Forschungsarbeiten der Stiftung festzustellen, wie sich diese Strategien auf lokaler Ebene am besten realisieren lassen.

Shaping the future of social services in Europe (Gestaltung der Zukunft der sozialen Dienste in Europa)

Die Stiftung trug zur zehnten Konferenz des Europäischen Sozialen Netzwerks über soziale Dienste bei, die vom 5. bis 7. Juni in Barcelona stattfand. Die Diskussion hatte die Zukunft der sozialen Betreuung zum Schwerpunkt, dabei wurden die Zuständigkeiten und Möglichkeiten in folgenden Bereichen beleuchtet: Finanzierung, Erbringung der Leistungen, Prioritätensetzung, Qualitätsüberwachung, Beteiligung der Bürger. An der Konferenz, die vom Europäischen Sozialen Netzwerk mit Unterstützung der Stiftung organisiert wurde, nahmen über 400 Personen teil. Die Teilnehmer setzten sich vornehmlich aus Direktoren, Managern und Bediensteten im Gesundheits- und Sozialwesen (sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor), aus lokalen und regionalen Regierungen, Einrichtungen und Vertretern von Nutzern der sozialen Dienste zusammen. Der Beitrag der Stiftung konzentrierte sich auf eine Überarbeitung der Qualitätsindikatoren und -standards in sozialen Diensten. Die Stiftung organisierte außerdem einen Workshop über die Aussicht der zukünftigen Verfügbarkeit von Pflegepersonal für abhängige ältere Menschen („Prospects for the future supply of care workers for dependent older people“).

Employment and labour market insertion strategies as a tool for social inclusion (Strategien zur Einbindung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt als Instrument für die soziale Eingliederung)

Diese Konferenz wurde gemeinsam von der Stiftung und dem spanischen Ministerium für Arbeit und Soziales unter der Schirmherrschaft der spanischen EU-Präsidentschaft organisiert und fand am 17. und 18. Juni in Toledo statt. Auf der Konferenz wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigung benachteiligter Gruppen unter dem Aspekt eines ganzheitlicheren Ansatzes untersucht, der Politik und Dienstleistungen in Bereichen wie Sozialfürsorge, Gesundheits- und Bildungswesen sowie Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt betreffen, einbezieht. Die vier Workshops zur Anregung, Koordination, Prävention und Evaluierung basierten auf Beispielen bewährter Praktiken in den Mitgliedstaaten und zogen Lehren für die Praxis sowie die Politik. Die Konferenz kam zu dem Schluss, dass mehr Informationen zu benachteiligten Gruppen benötigt werden und dass die Rolle der Akteure auf lokaler Ebene gestärkt werden muss; Letzteres schließt die Förderung von Organisationen ein, die mit benachteiligten Gruppen in Verbindung stehen. Die Unternehmen benötigen außerdem eine umfassendere, bessere Kenntnis der Sozialpolitik, um soziale Verantwortung effektiv

übernehmen zu können. Das Papier Nr. 2 der Stiftung über den Zugang benachteiligter Gruppen zu Beschäftigung (*Access to employment for vulnerable groups*) wurde offiziell auf der Konferenz vorgestellt.

Care workers – matching supply and demand (Pflegepersonal – Abstimmung von Angebot und Nachfrage)

Wie am besten auf den steigenden Bedarf an Pflegearbeit und Pflegepersonal reagiert werden kann, war der Schwerpunkt einer Konferenz in Sheffield im Vereinigten Königreich. Die Konferenz, die am 20. und 21. Juni stattfand, wurde gemeinsam von der Stiftung und der Hallam-Universität in Sheffield organisiert und stützte sich auf die früheren Forschungsarbeiten der Stiftung zu Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen. Die Workshops konzentrierten sich auf die Herausforderungen und Chancen der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Unternehmertum im Pflegesektor, auf Fragen im Zusammenhang mit Ausbildung und Fertigkeiten, auf Arbeitsbedingungen und Sozialschutz und auf die Auswirkung verschiedener Finanzierungsmodelle auf das Arbeitsverhältnis. Der Hauptkonflikt im Pflegesektor ist die Forderung nach höherer Qualität, zusammen mit einer besseren Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Diensten in einer Umgebung, in der der Kostenfaktor ein wachsendes Problem darstellt. Die Stiftung wird 2003 ihre Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Pflegepersonal für zu Hause lebende Kinder und ältere Menschen fortsetzen.

Schlüsselerveranstaltungen

4.-5. Februar

Extension of working life: gradual and flexible retirement systems (Erweiterung des Arbeitslebens: allmähliche und flexible Ruhestandssysteme), Lanzarote.

Konferenz der spanischen EU-Präsidentschaft. Rob Anderson stellte ein Papier über Unternehmensmaßnahmen zugunsten einer alternden Erwerbsbevölkerung vor („Company measures in favour of an ageing workforce“).

5.-8. Juni

Shaping the future of social services in Europe (Gestaltung der Zukunft der sozialen Dienste in Europa), Barcelona. Konferenz des Europäischen Sozialen Netzwerks. Die Stiftung trug mit einem Plenarvortrag bei (Rob Anderson) und organisierte einen Workshop über die zukünftige Verfügbarkeit von Pflegepersonal für abhängige ältere Menschen („Future supply of care workers for dependent older people“); den Vorsitz hielt Hubert Krieger.

2.-3. September

Labour supply and diversity - locally to globally (Arbeitskräfteangebot und Vielfalt - lokal und weltweit), Göteborg. Internationale Konferenz. Henrik Litske stellte ein Papier über Migration und Mobilität vor („Migration and mobility“).

16.-17. Oktober

Indicators and quality of social services in a European context (Indikatoren und Qualität sozialer Dienste im europäischen Kontext), Berlin.

Konferenz des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa. Hubert Krieger und Rob Anderson führten den Vorsitz bei der Eröffnungs- und bei der Schlussveranstaltung.

17.-18. Oktober

European round table on poverty and social Exclusion (Europäischer runder Tisch über Armut und soziale Ausgrenzung), Århus.

Dänische Präsidentschaft und Europäische Kommission. Philippe Bronchain stellte ein Papier über die sozioökonomischen Probleme chronisch Erkrankter und Behinderter in Europa vor („Socio-economic problems of chronically ill and disabled people in Europe“).

Im Brennpunkt

Integrierte Ansätze aktiver Wohlfahrts- und Beschäftigungspolitik

Strategische Forschung

In den vergangenen zehn Jahren war die Sozialpolitik in Europa stark auf das Paradigma des „aktiven Wohlfahrtsstaates“ ausgerichtet. Dieses räumt dem Arbeitskräfteangebot Priorität ein, unterstreicht die Bedeutung von Maßnahmen für die Integration in den Arbeitsmarkt und führt die Bürger von der Abhängigkeit von der Wohlfahrt hin zur Arbeit. Dieses Paradigma wird in der europäischen Beschäftigungsstrategie widerspiegelt. Es dient der Erhöhung der Beschäftigungsquote sowohl durch aktive Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt betreffen, besonders Bildung und Ausbildung, als auch durch beschäftigungsfreundliche Reformen der sozialen Sicherheit und Besteuerung. Die Empfänger von Sozialleistungen nehmen in zunehmendem Maße auch an Maßnahmen zur Anregung von Beschäftigung teil. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Diensten auf dem Gebiet von Beschäftigung und Wohlfahrt. Im Rahmen von Forschungen im Bereich Lebensbedingungen wurden Strategien zur Koordination von Programmen untersucht, die den Arbeitsmarkt für Empfänger mit Mindestsozialleistungen in allen 15 EU-Mitgliedstaaten anregen sollen.

Der im Juni 2002 auf der Konferenz über die Strategien zur Einbindung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt in Toledo vorgestellte Forschungsbericht über integrierte Ansätze in der aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik (*Integrated approaches to active welfare and employment policies*) analysiert Initiativen in den 15 Mitgliedstaaten, die das Ziel verfolgen, die Koordination der Maßnahmen zur Anregung von Beschäftigung für Sozialhilfeempfänger zu verbessern. Der Bericht unterstreicht den Bedarf an Vorschlägen und Kommentaren nationaler und regionaler Einrichtungen: Diese Einrichtungen spielen bei der Unterstützung der Koordination eine große Rolle, indem sie eine klare Richtung weisen und die Entwicklung lokaler Lösungen fördern. Gleichzeitig hebt der Bericht die Bedeutung hervor, die den Initiativen und den Finanzierungsmaßnahmen der Europäischen Union für die Ermöglichung der Koordination und der Unterstützung der Entwicklung zukommt.

Forschungsergebnisse

- Eine Änderung des rechtlichen Rahmens kann zwar die Bedingungen für die Koordination schaffen, sie allein reicht jedoch nicht aus, um den Anstoß für nachhaltige Vereinbarungen zu geben.
- Die Einbeziehung der Sozialpartner ist bei der Gestaltung der Koordination sowohl auf strategischer Ebene (Hilfe bei der Planung der verfügbaren Dienste und Verbesserungsmaßnahmen) als auch auf operativer Ebene (Unterstützung bei der Erbringung der Dienste) ausschlaggebend.
- Die Koordinationsmaßnahmen müssen mit drei Arten nachhaltiger Ressourcen gestützt werden: Arbeitskräften, Geld und Informationen.
- Die Koordinationsvereinbarungen müssen die Bedürfnisse der Menschen widerspiegeln, denen sie dienen sollen.
- Die vielfältigen und komplexen Bedürfnisse der am meisten benachteiligten Personen müssen berücksichtigt werden.

- Der Zugang zu einer breiten Palette an unterstützenden Diensten muss ermöglicht werden, wie zu Bildung, Alphabetisierung, Gesundheitswesen, Unterstützung mit sozialen Kompetenzen und Vertrauensbildung sowie zu Diensten, die in direktem Bezug zur Arbeit stehen.
- Die Forschung zeigt, dass die effektive Koordination auf nationaler wie lokaler Ebene geplant und gepflegt werden muss. Ein spontanes Auftreten ist unwahrscheinlich; sollte dies dennoch der Fall sein, so wird sie kaum ohne menschliche und finanzielle Unterstützung fortbestehen.
- Es ist jedoch offensichtlich, dass bereits organisatorische Ansätze bestehen, die Chancen für innovatives Arbeiten eröffnen sowie bessere Ergebnisse hinsichtlich Beschäftigung und sozialer Ausgrenzung bieten.

Bessere Arbeitsplätze, besseres Leben: Arbeitsbedingungen

Die Qualität von Arbeit und Beschäftigung bildete auch 2002 die Hauptachse der Arbeit in der Abteilung Arbeitsbedingungen.

Das Engagement der Stiftung für die Entwicklung eines Konzepts zur Arbeitsqualität spiegelt den Ansatz wider, der von den EU-Staatsoberhäuptern 2000 auf dem Gipfel von Lissabon angenommen wurde. Auf diesem Gipfel wurde anerkannt, dass qualitativ hochwertige Arbeitsplätze einen Kernfaktor bei der Unterstützung des allgemeinen strategischen EU-Ziels darstellen, bis zum Jahr 2010 die „dynamischste wissensbasierte Gesellschaft in der Welt“ zu werden.

Eine der Herausforderungen in der europäischen Diskussion ist es, zu einer Definition dessen zu gelangen, was Arbeits- und Beschäftigungsqualität ausmacht, und Indikatoren zu formulieren, mit deren Hilfe politische Entscheidungsträger das Konzept messen können. Die Stiftung und ihre internationalen Partner haben eine Matrix mit Indikatoren für die Arbeitsqualität entwickelt, die vor allem vier Aspekte von Arbeitsqualität beleuchten: Karriere und Beschäftigungssicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden, Entwicklung der Kompetenzen sowie Einklang zwischen Arbeitsleben und Nichtarbeitsleben.

Das erste in einer Reihe von Papieren der Stiftung, die Studie *Quality of work and employment in Europe: issues and challenges* (Qualität von Arbeit und Beschäftigung in Europa: Probleme und Herausforderungen), dient als Synthese der Stiftungsarbeit in diesem Bereich. Die Konferenz zur Qualität der Beschäftigung und Erweiterung der Europäischen Union („Quality in employment and enlargement of the European Union“) im Oktober 2002 bezog hochrangige Akteure aus den beitragswilligen Ländern in die Diskussion über die Arbeitsqualität ein. Diese Veranstaltung wurde vom Internationalen Arbeitsamt und der belgischen Regierung mitorganisiert und bildete die Folgeveranstaltung zur 2001 unter belgischer Präsidentschaft gehaltenen Konferenz „Für eine bessere Arbeitsqualität“.

Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen

Die Umfragen der Stiftung über Arbeitsbedingungen sind gleichermaßen wichtige Datenquellen für Forscher, politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit.

2002 veröffentlichte die Stiftung vorläufige Ergebnisse aus der *Ersten Umfrage über die Arbeitsbedingungen in den beitragswilligen Ländern*, die 2001 durchgeführt wurde. Eine Reihe von Seminaren, die im Jahr 2002 in allen 13 Hauptstädten der beitragswilligen Länder gehalten wurden, diente dem Zweck, einerseits die Umfrageergebnisse bekannt zu machen und andererseits neue Kontakte mit Sachverständigen im Bereich Arbeitsbedingungen, mit Vertretern der Sozialpartner und mit Forschern in diesen Ländern zu knüpfen.

Ebenfalls 2002 veröffentlichte die Stiftung einen Teil der Umfragedaten auf ihrer Website, *Eurofound*. Die einzelstaatliche Aufschlüsselung der Umfrage in den beitragswilligen Ländern und der Umfrage in den EU-Mitgliedstaaten zu Themen wie Arbeitszeit, physische Arbeitsumgebung und unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation wurden dadurch zur Verfügung gestellt. Umfassendere Umfragedaten werden 2003 im Rahmen der Entwicklung des Observatoriums für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen veröffentlicht. Darin sind auch Informationen zu Umfragen über Arbeitsbedingungen anderer Organisationen enthalten. Die Informationen stammen aus einem Bestand von Umfragen dieser Art, die von der Stiftung in Auftrag und 2002 abgeschlossen wurden.

2002 wurden acht Einzelberichte veröffentlicht, die sich auf Sekundäranalysen der Daten aus der dritten Umfrage stützten. Die Berichte konzentrierten sich auf Arbeitsbedingungen unter dem Gesichtspunkt spezieller Unterthemen, wie Gesundheit, Arbeit, Organisation, Geschlecht, Alter, Beschäftigungsstatus, Sektor und Arbeitszeit.

Ergebnisse

- Die durchschnittliche Arbeitswoche von Beschäftigten in Europa fiel im Zeitraum von 1995 bis 2000 um eine Stunde und beträgt nun 36 Stunden und 40 Minuten. Dieser Durchschnittswert täuscht über große Differenzen hinweg; 17 % der Beschäftigten arbeiten 29 Stunden oder weniger pro Woche, während 14 % der Beschäftigten 45 Stunden pro Woche arbeiten.
- Untypische Arbeitspläne betreffen eine große Zahl von Beschäftigten; 22 % arbeiten Schicht. 19 % der Beschäftigten leisten mindestens einmal pro Monat Nachtarbeit, 47 % arbeiten mindestens einmal pro Monat an einem Samstag und 24 % arbeiten mindestens einmal pro Monat an einem Sonntag.
- Auch wenn es scheint, dass sich der Zugang zu neuen Technologien für Arbeitnehmer über 45 zwischen 1995 und 2000 verbessert hat, nimmt der Anteil der Personen, die angeben, bei der Arbeit nie Informationstechnologie einzusetzen, ab einem Alter von 45 enorm zu.
- Es bestehen immer noch massive geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen tragen weiterhin die Hauptverantwortung für die Haushaltsführung und die Versorgung der Kinder, selbst wenn sie einer Vollzeittätigkeit nachgehen.

Unternehmenspanel

Das als gemeinsame Beobachtungsinitiative in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Lebensbedingungen und Arbeitsbeziehungen ins Leben gerufene Unternehmenspanel-Projekt wurde 2002 in die Unternehmensumfrage zum Thema Zeit eingebunden. Dieses Projekt wird nun auf einer bereichsübergreifenden Basis ausgeführt.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bei der Arbeit

Dieser Bericht beleuchtet, wie Unternehmen und politische Entscheidungsträger nachhaltige Pläne zur Gleichstellung der Geschlechter bei der Arbeit formulieren und umsetzen können. Auf der Grundlage von 21 Fallstudien in sieben EU-Ländern wurde ermittelt, dass die Gesetzgebung und einzelstaatliche Gleichstellungsprogramme in vielen Fällen statt eines langfristigen, nachhaltigen Ansatzes zur Gleichstellung der Geschlechter nur kurzfristige Aktionen bewirkten. Darüber hinaus verfügte nur ein kleiner Teil der Unternehmen über ein umfassendes Überwachungssystem, um die Auswirkungen der Aktionen im Bereich der Gleichstellung verfolgen zu können. In vielen Unternehmen führten Aktionen zur Gleichstellung der Geschlechter jedoch zu erfreulichen Ergebnissen. Weibliche Beschäftigte verzeichneten einen Rückgang bei der vertikalen und horizontalen Trennung sowie eine Verbesserung im Ausgleich zwischen Arbeits- und Privatleben. Die Organisation stellte Vorteile fest, insofern als sich die Arbeitsstabilität verbesserte und die Quoten für Mütter, die aus dem Erziehungsurlaub ins Arbeitsleben zurückkehrten, anstiegen.

Gewalt und Mobbing am Arbeitsplatz

Dieser Bericht stellt eine Synthese aller bestehenden Forschungsarbeiten zu diesem Thema dar und befasst sich ausführlich mit den unterschiedlichen gesetzlichen und politischen Ansätzen zur Bewältigung dieses Problems auf EU- und auf nationaler Ebene. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Tendenz zu psychologischem Missbrauch am Arbeitsplatz in der ganzen EU zunimmt; Frauen bilden dabei die am meisten

gefährdete Gruppe. Circa 8 % der Beschäftigten in der EU gaben an, in den letzten 12 Monaten Mobbing ausgesetzt gewesen zu sein, so die *Dritte Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen*. Diese Zahl ist jedoch fragwürdig, da in einigen Mitgliedstaaten längst nicht genügend Daten vorliegen, um eine Beurteilung vornehmen zu können. Dies liegt vor allem in unterschiedlichen Ausprägungen des Bewusstseins für dieses Thema, dem jeweiligen rechtlichen Rahmen der Mitgliedstaaten sowie in kulturellen Unterschieden begründet. Die Arbeit der Stiftung lässt ferner darauf schließen, dass Personen, die unter Mobbing zu leiden haben, wesentlich anfälliger für Stress sind als Arbeitnehmer im Allgemeinen. Der Bericht wird Anfang 2003 veröffentlicht.

Seminar zu Arbeitsplatzflexibilität

Die Stiftung lud Sachverständige in den Bereichen soziale Eingliederung, Flexibilität des Arbeitsmarkts und Arbeitsbeziehungen zu einem Seminar ein, das im Mai in Brüssel stattfand, um die Wechselwirkung zwischen dem Arbeitsmarkt und dem Sozialschutz zu erörtern. Dies war eine der Initiativen bezüglich der Arbeitsplatzflexibilität unter drei verschiedenen Gesichtspunkten (Flexibilität der Arbeitszeit, Flexibilität des Arbeitsmarkts und Flexibilität der Arbeitsorganisation), deren Ergebnisse 2003 veröffentlicht werden. Anfang 2003 erscheint ein Bericht, der den Sozialschutz in verschiedenen Formen flexibler Beschäftigung untersucht (zeitlich befristete Verträge, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit usw.).

Soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)

Die Stiftung führte 2002 zwei parallele Projekte zum Thema der sozialen Verantwortung der Unternehmen durch. Die Abteilung Lebensbedingungen untersuchte die Rolle der Unternehmen bei der Entwicklung der lokalen Gemeinschaft und bei Umweltaktivitäten. Die Abteilung Arbeitsbedingungen setzte sich mit dem Thema soziale Verantwortung der Unternehmen mit Blick auf zwei verschiedene Unterthemen auseinander: die Ausführung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und die Überwachung der Arbeitsbedingungen von Subunternehmern. Die Ergebnisse des zweiten Unterthemas sind das Produkt einer Gemeinschaftsarbeit von Forschern aus vier Ländern (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich und Ungarn). Ihre Forschungsergebnisse basieren auf einer Analyse von zwölf Fallstudien über Unternehmen, die den Ruf haben, sich proaktiv für die Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Hauptergebnis der Forschungen war, dass die Umsetzung bewährter Praktiken weiterhin nur in begrenztem Maße stattfindet und dass nach wie vor zwischen den Bestrebungen der Sachverständigendebatte zu CSR und den praktischen Ausprägungen auf Unternehmensebene eine Kluft besteht. Das Überbrücken dieser Kluft ist eine der größten Herausforderungen für CSR-Verantwortliche und die Sozialpartner. Der Abschlussbericht mit den Ergebnissen beider Projekte erscheint Anfang 2003.

Zeitarbeit in der Europäischen Union

Im Jahr 2000 gab die Stiftung fünfzehn einzelstaatliche Berichte über Zeitarbeit in der EU in Auftrag, um die Vielfalt der nationalen Situationen in diesem von raschem Wandel geprägten Sektor zu untersuchen. Die Forschung beschränkte sich auf drei Hauptbereiche: Arbeitsbedingungen, Aspekte des Arbeitsmarkts zur Zeitarbeit und das Ausmaß von Tarifverhandlungen im Sektor.

Schlüsselveranstaltungen

10.-11. Februar

Employment in Europe: From Luxembourg to Barcelona (Beschäftigung in Europa: von Luxemburg bis Barcelona), Barcelona.

Agnès Parent-Thirion stellte Ergebnisse der Stiftungsarbeit zur Modernisierung der Arbeitsorganisation vor.

19. Februar

EU labour and social policy (Arbeit und Sozialpolitik in der EU), Ljubljana.

Organisiert von der GD Erweiterung. Sabrina Tesoka hielt einen Vortrag über das bereichsübergreifende Stiftungsthema zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen.

16. Mai

Interactions between the labour market and social protection (Wechselwirkung zwischen dem Arbeitsmarkt und dem Sozialschutz), Brüssel.

Die Stiftung veranstaltete dieses Seminar mit Vorträgen führender Experten in den Bereichen soziale Eingliederung, Flexibilität des Arbeitsmarkts und Arbeitsbeziehungen.

16.-17. Mai

Working for the future and new chances for Occupational Health and Safety (OHS) research into the European research area (Arbeiten für die Zukunft und neue Chancen für die Forschung zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit im europäischen Forschungsgebiet), Sevilla.

Pascal Paoli stellte auf einer Versammlung des europäischen Netzwerks der Einrichtungen für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit die derzeitige Arbeit der Abteilung Arbeitsbedingungen vor.

14.-15. Juni

Equal opportunities for women and men in the structural funds (Chancengleichheit für Frauen und Männer in den Strukturfonds), Santander.

Konferenz der spanischen Präsidentschaft. Sabrina Tesoka führte den Vorsitz in einer Sitzung und stellte den Bericht der Stiftung über die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bei der Arbeit vor (Promoting gender equality in the workplace).

18.-19. Oktober

Quality in employment and enlargement of the European Union (Qualität der Beschäftigung und Erweiterung der Europäischen Union), Brüssel.

Die Stiftung organisierte diese Veranstaltung zusammen mit dem Observatoire Social Européen und dem belgischen Ministerium für Arbeit und Beschäftigung.

11.-12. November

Managing gender equality: policies, tools and best practices in Europe (Gleichstellung der Geschlechter: Politik, Instrumente und bewährte Praktiken in Europa), Barcelona.

Sabrina Tesoka hielt einen Vortrag, der sich auf die Stiftungsarbeit im Rahmen des Projekts zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bei der Arbeit stützte.

9. Dezember

HSE Chief Scientists Seminar (Seminar der Chefwissenschaftler des Amts für Sicherheit und Gesundheitsschutz), London.

Pascal Paoli hielt den Einführungsvortrag über die Qualität von Arbeit und Beschäftigung in der EU.

Im Brennpunkt

Tendenz zu Leiharbeit

Leiharbeit hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu der am schnellsten zunehmenden Form untypischer Beschäftigung in der EU entwickelt. Seit 1992 hat sich der Anteil in allen Mitgliedstaaten mindestens verdoppelt, in Ländern wie Dänemark, Spanien, Italien und Schweden war sogar ein fünffacher Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2000 gab die Stiftung fünfzehn einzelstaatliche Berichte über Leiharbeit in der EU in Auftrag, um die Vielfalt der nationalen Situationen in diesem von raschem Wandel geprägten Sektor zu untersuchen.

Die Forschung der Stiftung tritt zum richtigen Zeitpunkt auf den Plan. Der Anstieg bei der Leiharbeit ließ Stimmen laut werden, die eine effektivere Regelung des Sektors fordern und die verlangen, dass Leiharbeitskräfte nicht zu Arbeitnehmern zweiter Klasse werden dürfen. Die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern auf EU-Ebene zu einem Rahmenabkommen in diesem Bereich endeten jedoch 2001 ohne ein Abkommen.

Die Forschung der Stiftung beschränkte sich auf drei Hauptbereiche: Arbeitsbedingungen, Arbeitsmarktaspekte der Leiharbeit und das Ausmaß von Tarifverhandlungen im Sektor.

Der konsolidierte Bericht zu Leiharbeit in Europa (*Temporary agency work in Europe*), der im Februar 2002 herausgegeben wurde, stützt sich auf Material aus den 15 nationalen Berichten, die im Jahr 2000 von der Stiftung in Auftrag gegeben wurden. Im Bericht werden die Haupttrends bei der Leiharbeit hervorgehoben sowie die Probleme und Herausforderungen, die die Leiharbeit für die verschiedenen Mitgliedstaaten und die Europäische Union als solches mit sich bringt.

Aufgrund eines mangelnden Abkommens mit den Sozialpartnern reichte die Kommission den Vorschlag für eine EU-Richtlinie ein; mit dieser Richtlinie soll einerseits EU-weit ein Mindestmaß an Schutz für Leiharbeitskräfte geschaffen und andererseits die Entwicklung des Leiharbeitssektors als flexible Möglichkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefördert werden. Der Entwurf für die Richtlinie (die sich in großem Maße auf Daten und Erkenntnisse aus dem Stiftungsprojekt bezieht) führt den Grundsatz der Nichtdiskriminierung - auch hinsichtlich der Entlohnung - zwischen Leiharbeitskräften und vergleichbaren Arbeitskräften an den Einsatzorten, denen die Leiharbeitskräfte zugeteilt wurden, ein.

Forschungsergebnisse

- Schätzungen zufolge werden insgesamt ca. 6 Millionen Europäer mindestens einmal im Jahr von einer Leiharbeitsfirma beschäftigt.
- In den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen große Unterschiede bei der Anzahl der Leiharbeitskräfte. Ca. 70 % aller Leiharbeitskräfte in der EU arbeiten in drei Ländern - den Niederlanden, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Frankreich weist mit 623 000 die größte Zahl an Leiharbeitskräften in der EU auf, während die Niederlande mit 4 % den höchsten Anteil von Leiharbeitskräften an der erwerbstätigen Bevölkerung zu verzeichnen hat.
- Die meisten Leiharbeitskräfte sind Männer, und Leiharbeit wird überwiegend von jüngeren Erwerbstätigen ausgeführt.

- Leiharbeit weist im Vergleich zu anderen Formen der Beschäftigung bei einigen Indikatoren für die Arbeitsbedingungen die schlechtesten Werte auf, vor allem, was die Aufklärung des Arbeitnehmers über Risiken in punkto Sicherheit und Gesundheitsschutz anbelangt.
- Es liegen Beweise vor, dass Leiharbeitskräften weniger Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung zugestanden werden als Arbeitnehmern mit anderen Anstellungsverträgen.
- Leiharbeit kann sich nicht nur für Unternehmen, die solche Dienste in Anspruch nehmen, in wirtschaftlicher Hinsicht als sehr vorteilhaft erweisen, auch die Volkswirtschaft und die Leiharbeitsfirmen können davon profitieren - ohne dass Beschäftigungsstandards im Nutzerunternehmen verschlechtert oder umgangen werden.

Erweiterung des Aufgabenbereichs: Arbeitsbeziehungen

2002 widmete die Abteilung Arbeitsbeziehungen einen Großteil ihrer Arbeit der Beobachtung und Erforschung der Arbeitsbeziehungen in den beitrittswilligen Ländern. Das Europäische Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO) dehnte seinen Arbeitsbereich auf einige der beitrittswilligen Länder aus, insbesondere auf Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakische Republik. Außerdem wurden mehrere Initiativen gestartet mit dem Ziel, den Dialog über Arbeitsbeziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den beitrittswilligen Ländern zu fördern. Zu diesen Initiativen gehörten Forschungsarbeiten über den Sozialdialog und die Wirtschafts- und Währungsunion in den beitrittswilligen Ländern, eine vergleichende Studie über Arbeitsbeziehungen in der EU und in den beitrittswilligen Ländern sowie eine internationale Konferenz über den Tripartismus in einem erweiterten Europa. Die strategische Forschung während des Jahres befasste sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf den privaten und den öffentlichen Sektor.

Beobachtung von Wandel

Fünf Jahre EIRO

2002 feierte EIRO sein fünfjähriges Bestehen. Seit seiner Gründung hat sich EIRO zu einer viel genutzten und anerkannten Quelle von vergleichenden Informationen zu Arbeitsbeziehungen in Europa entwickelt. Die EIRO-Datenbank mit Nachrichten und Analysen wurde als Informationsquelle für die Arbeit der Sozialpartner und Regierungen, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, der EESC, der Hochrangigen Gruppe für Arbeitsbeziehungen und Wandel und anderen europäischen Einrichtungen bei einer großen Bandbreite von Fragen zu Hilfe genommen. Zu diesen Fragen zählen unter anderem: Umstrukturierung und Arbeitsbeziehungen, Entwicklung von Tarifverhandlungen, Tarifvereinbarungen, Beschäftigung, Gleichstellung der Geschlechter, Entlohnung, Zeitfragen, Migration, Arbeitskonflikte und größere Probleme im Bereich Arbeitsbeziehungen, die auf nationaler oder europäischer Ebene entstehen.

Auf Ersuchen der Europäischen Kommission und der Hochrangigen Gruppe für Arbeitsbeziehungen und Wandel stellte EIRO die folgenden Berichte zusammen:

- *Lifelong learning and collective bargaining* (Lebenslanges Lernen und Tarifverhandlungen).
- *New practices in industrial relations* (Neue Praktiken in den Arbeitsbeziehungen).
- *Reconciliation of work and family life and collective bargaining* (Ausgleich zwischen Arbeits- und Familienleben und Tarifverhandlungen).
- *Sectoral developments in financial services, aviation, tourism and information and communication technology* (Sektorbezogene Entwicklungen in Finanzdiensten, der Luftfahrt, im Tourismus und in der Informations- und Kommunikationstechnologie).

Auch der Webauftritt von EIRO erfreut sich zunehmender Beliebtheit: Im Jahr 2002 wurden bis zu 130 000 Nutzersitzungen pro Monat registriert. Die Gesamtzahl der Nutzersitzungen für das Jahr überstieg zum ersten Mal die Millionengrenze.

2002 erschien eine Veröffentlichung, in der die Hauptentwicklungen bei den Arbeitsbeziehungen in Europa seit 1997 zusammengefasst sind. Die Veröffentlichung behandelt schwerpunktmäßig fünf Hauptthemen, die für innovative Entwicklungen im Bereich Arbeitsbeziehungen bezeichnend sind: lebenslanges Lernen;

Gleichstellung, Vielfalt und Nichtdiskriminierung; Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit; Flexibilität und Ausgewogenheit des Arbeitslebens; Sozialdialog und Beteiligung der Arbeitnehmer.

Höhepunkte 2002

EIRO lieferte vergleichende Übersichten zu folgenden Themen:

- Entwicklung der Arbeitszeit;
- Entlohnung;
- Arbeitskosten;
- Lohngleichstellung der Geschlechter;
- in einem arbeitnehmerähnlichen abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehende Erwerbstätige, Beschäftigungsrecht und Arbeitsbeziehungen;
- befristete Arbeitsverhältnisse, Qualität von Arbeit und Arbeitsbeziehungen;
- Niedriglohnarbeiter und arme Arbeiter;
- Unternehmensverfassungssysteme und das Wesen der industriellen Umstrukturierung;
- Erfassungsbreite von Tarifverhandlungen und Erweiterungsverfahren.

Ergebnisse

- Die durchschnittliche tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit blieb mit ca. 38,2 Stunden relativ stabil. In der EU gab es im Zeitraum 2000-2001 keine nennenswerte Verringerung der Arbeitszeit, außer in Frankreich.
- Der durchschnittliche tariflich vereinbarte nominelle Lohn stieg von ca. 3,2 % im Jahr 2000 auf 3,5 % im Jahr 2001 an. Wenn jedoch Preis- und Produktivitätssteigerungen berücksichtigt werden, blieb es im Allgemeinen bei moderaten Lohnabschlüssen.
- In den letzten Jahren war bei den Kosten für eine Arbeitsstunde eine eindeutige Tendenz nach oben zu verzeichnen; durchschnittlich stiegen die Kosten von 3,3 % im Jahr 1999 auf 3,8 % im Jahr 2000 und auf 4,3 % im Jahr 2001.
- Es bestehen immer noch große Unterschiede zwischen den Löhnen von Männern und von Frauen in der EU und in Norwegen. Das durchschnittliche Einkommen von Frauen liegt bei 79,6 % des Durchschnittseinkommens von Männern; die Werte reichen von 89 % in Luxemburg bis 67 % in Österreich.
- Trotz landesspezifischer Unterschiede haben befristete Arbeitnehmer in einigen Bereichen eher unter Diskriminierung zu leiden; dies liegt häufig in der Tatsache begründet, dass eine gewisse Dienstzeit erforderlich ist, um für gewisse gesetzlich oder tariflich vereinbarte Ansprüche oder Vergünstigungen berechtigt zu sein.
- Niedrige Entlohnung ist nach wie vor ein Beschäftigungsphänomen in Europa (Schätzungen zufolge bezieht ungefähr ein Siebtel der Erwerbstätigen in der EU niedrige Löhne).

Arbeitsbeziehungen in der EU, in Japan und den USA, 2001

Um das Angebot an vergleichenden Informationen abzurunden, verfasste EIRO eine Übersicht über die Arbeitsbeziehungen in den drei führenden Volkswirtschaften der Welt: der Europäischen Union, Japan und den USA. Die Studie untersuchte eine Reihe wichtiger Strukturen und Prozesse sowie die Art und Weise, in der einige Kernthemen, wie Entlohnung und Arbeitszeit, 2001 gehandhabt wurden.

Europäische Betriebsräte

2002 wurde im Rahmen einer Pilotstudie die Funktionsweise der Europäischen Betriebsräte untersucht. Die Studie befasste sich mit Europäischen Betriebsräten in vier Mitgliedstaaten: in Frankreich, Deutschland, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Aufgrund des Erfolgs der Pilotstudien wurden weitere 40 Fallstudien initiiert. Der Aktionsradius dieser Studien wurde auf Italien ausgedehnt und deckte vier Wirtschaftsbereiche ab: Metall verarbeitende Industrie, Finanzdienstleistungen, Lebensmittel und Getränke sowie Pharmaindustrie. Für die Datenbank zu Vereinbarungen der Europäischen Betriebsräte im Internet wurde eine neue Benutzeroberfläche entwickelt, die 2003 in Betrieb genommen wird.

EMIRE

Eine neue Phase von EMIRE (der Glossare der Stiftung zu Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen in Europa) - EMIRE II - wurde 2002 in Gang gesetzt. Das Ziel dieser neuen Phase ist es, einen EU-Band mit den Begriffen aus dem Bereich Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen zu erstellen, die auf EU-Ebene verwendet werden. Dazu werden das Primär- und Sekundärrecht der Europäischen Gemeinschaft, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs sowie andere relevante offizielle Dokumente der Europäischen Union und der Sozialpartner untersucht. Das Projekt verfolgt auch das Ziel, die bestehenden Bände in elektronischer Form anzubieten (auf Basis der bestehenden EMIRE-Datenbank). Zu diesem Zweck wurde eine Studie ins Leben gerufen, um gemeinsame Konzepte für die Situation zu Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen in allen 15 Mitgliedstaaten zu ermitteln. EMIRE dehnt seinen Arbeitsbereich in den nächsten Jahren auf die beitrittswilligen Länder aus.

Forschungsschwerpunkt Reform

Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Stiftung führte eine Reihe von Studien zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf den privaten und den öffentlichen Sektor durch. Besonders eine Studie befasste sich vorrangig mit der Reform des öffentlichen Sektors in der WWU.

Ergebnisse

- Die Anwendung der Maastricht-Kriterien für die WWU hat einen „Umschwung“ in der nationalen Haushalts- und Finanzpolitik in den EU-Volkswirtschaften bewirkt.
- Die WWU vergrößert den Einfluss, den das Finanzministerium eines Landes auf Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor und auf die Schaffung eines Rahmens für Arbeitsbeziehungen hat.
- Die WWU kann den Reformbestrebungen in einem Finanz- und Haushaltsrahmen entgegenwirken hin zu mehr Autonomie auf den unteren Verwaltungsebenen, da die WWU die finanzielle Belastung des Zentralstaats tendenziell erhöht.
- Internationale wirtschaftliche und politische Veränderungen der jüngsten Vergangenheit, wie der Wechsel zur Hartwährung, haben eine Umstrukturierung der Einrichtungen des öffentlichen Sektors und der Politik vorangetrieben. Tendenzen sind Dezentralisierung, Übertragung der Autonomie sowie inwärtige und auswärtige Privatisierung.

Sozialdialog und WWU in den beitrittswilligen Ländern

Die Stiftung wirkt seit 2002, zusammen mit dem schwedischen Programm zum Arbeitsleben und der EU-Erweiterung, am Entwicklungsprojekt „Social dialogue and EMU in the candidate countries“ (Sozialdialog und WWU in den beitrittswilligen Ländern) mit. An diesem Pilotprojekt sind die beitrittswilligen Länder Estland, Ungarn, Malta, Polen und Slowenien beteiligt. Im Mai 2002 wurde in Wien eine Konferenz

veranstaltet, auf der alle Teilnehmerländer nationale Entwicklungspläne entwarfen. Die tripartiten nationalen Gruppen bestanden aus zwei Vertretern jeder Regierung sowie aus Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Forscher aus den einzelnen Ländern verfassten Papiere über die wirtschaftliche und politische Situation und über die Arbeitsbeziehungen in ihren Herkunftsländern. Jeder nationale Bericht enthält eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes hinsichtlich der im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien und spiegelt die politischen Auswirkungen der Erfüllung der WWU-Kriterien wider.

Der Hauptschwerpunkt des Berichts liegt jedoch auf den nationalen Arbeitsbeziehungssystemen und ihrer Fähigkeit, den Konvergenzprozess in Richtung WWU über den Sozialdialog zu unterstützen. Das Seminar führte zu Aktionsplänen auf Basis der Workshop-Diskussionen. Im Oktober 2002 setzte sich eine größere Gruppe von Teilnehmern (Arbeitgeber-, Gewerkschafts- und Regierungsvertreter) auf nationalen Seminaren mit diesen Berichten auseinander. Die nationalen Entwicklungspläne wurden dann zur weiteren Untersuchung den Arbeitsministern der einzelnen Länder vorgelegt sowie auch den jeweiligen tripartiten Einrichtungen.

Finanzielle Beteiligung

In fünf Mitgliedstaaten (Frankreich, Deutschland, Niederlande, Portugal, Vereinigtes Königreich) wurden Berichte zu Studien fertig gestellt, die sich mit der Politik und der Haltung bedeutender Schlüsselakteure gegenüber Plänen zur finanziellen Beteiligung befassen. Der Hauptschwerpunkt dieser Forschungen lag auf Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, relevanten Ministerien (Finanz/Wirtschaft und Arbeit/Soziales), Investitionsbanken sowie Finanzinstitutionen und Portfoliomanagern.

Zusammen mit dem luxemburgischen Ministerium für Arbeit und Beschäftigung veranstaltete die Stiftung eine Konferenz zur finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer. Die Konferenz fand im September 2002 in Luxemburg statt und fand großes Interesse bei den Medien.

Schlüsselveranstaltungen

1.-2. März

Developments in employee ownership and financial participation in the CEE countries (Entwicklungen bei der Kapitalbeteiligung und finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer in den mittel- und osteuropäischen Ländern), Budapest.

Konferenz der European Federation of Employee Share Ownership. Redner: Kevin O'Kelly.

22.-24. Mai

Social dialogue and EMU in the candidate countries (Sozialdialog und WWU in den beitriftswilligen Ländern), Wien.

Workshop. Redner: Raymond-Pierre Bodin, Timo Kauppinen und Christian Welz.

1. Juli

Trends in pay, working time and industrial restructuring in Portugal (Trends bei der Entlohnung, der Arbeitszeit und der industriellen Umstrukturierung in Portugal), Lissabon.

Vom portugiesischen Gewerkschaftsbund organisiertes EIRO-Seminar. Redner: Timo Kauppinen und Camilla Galli da Bino.

26. September

Financial participation of workers (Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer), Luxemburg.
Gemeinsam vom luxemburgischen Ministerium für Arbeit und Beschäftigung und der Stiftung organisierte Konferenz. Teilnehmer: Raymond-Pierre Bodin, Eric Verborgh, Kevin O'Kelly, Christian Welz.

7.-8. Oktober

Conference on financial participation (Konferenz zur finanziellen Beteiligung), Brüssel.
Von der Confédération Européenne des Cadres organisiert. Redner: Kevin O'Kelly.

29.-30. Oktober

Tripartism in an enlarged Europe (Tripartismus in einem erweiterten Europa), Helsingør.
Vom dänischen Ministerium für Beschäftigung und der Stiftung mitorganisierte Konferenz der EU-Präsidentschaft. Redner/Teilnehmer: Eric Verborgh, Stavroula Demetriades, Elisabeth Lagerlöf, Isabella Billeta, Timo Kauppinen, Ioanna Rossi, David Foden, Christian Welz.

15. November

Low-wage workers and the working poor (Niedriglohnarbeiter und arme Arbeiter), Athen.
Vom griechischen Gewerkschaftsbund organisiertes EIRO-Seminar. Redner: Stavroula Demetriades und Ioanna Rossi.

Im Brennpunkt

Vergleichender Bericht über Arbeitsbeziehungen in der EU und in den beitrittswilligen Ländern

Auf der Suche nach grundlegenden Informationen zu Kernaspekten von Arbeitsbeziehungen in den beitrittswilligen Ländern führte EIRO in Zusammenarbeit mit dem in Budapest ansässigen Büro für Mittel- und Osteuropa des Internationalen Arbeitsamts (ILO) eine Studie durch. Diese Studie bildete die Grundlage für eine vergleichende Übersicht über die EU-Mitgliedstaaten und die beitrittswilligen Länder. Die Übersicht konzentrierte sich auf die Sozialpartner, auf Tarifverhandlungen und die Beteiligung von Arbeitnehmern durch Vertreter.

Der Bericht wurde zusammen mit einzelstaatlichen vorläufigen Berichten zum Sozialdialog in den beitrittswilligen Ländern auf der Konferenz der dänischen Präsidentschaft zum Tripartismus in einem erweiterten Europa („Tripartism in an enlarged Europe“) vorgestellt, die vom 29.-30. Oktober 2002 in Helsingør stattfand. Die Konferenz war ein günstiger Zeitpunkt, die aktuellen Entwicklungen zu erörtern. Die Konferenz, die vom dänischen Ministerium für Beschäftigung und der Stiftung mitorganisiert wurde, konsolidierte zudem den Fortschritt in Fragen zum Tripartismus, zu Tarifverhandlungen und zum Sozialdialog sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den beitrittswilligen Ländern. Es nahmen Vertreter nationaler wie internationaler Organisationen, spezieller Einrichtungen, der Sozialpartner, von Sachverständigen sowie eine Vielzahl von Teilnehmern aus EU-Mitgliedstaaten und den beitrittswilligen Ländern teil.

Der Bericht unterscheidet zwischen der EU-Ebene und den einzelstaatlichen Ebenen von Tarifverhandlungen. Auf EU-Ebene finden „Verhandlungen“ - vorrangig über Abkommen, die EU-Gesetzesvorschläge im Bereich Beschäftigung und Soziales ersetzen sollen - zwischen Gewerkschafts-, Arbeitgeber- und Wirtschaftsvertretern statt, nachdem in Fragen, die durch EU-Richtlinien gesetzlich

umgesetzt wurden, eine Einigung erzielt wurde. Einige dieser Abkommen sind Teil des gemeinschaftlichen Besitzstandes („acquis communautaire“), den die beitrittswilligen Länder einführen sollen.

Tarifverhandlungen spielen bei den Arbeitsbeziehungen in den EU-Mitgliedstaaten und in den beitrittswilligen Ländern eine Schlüsselrolle, auch wenn die einzelstaatlichen Systeme sich hinsichtlich der Ebene, der Erfassungsbreite, des Inhalts und der Art der Verhandlungen sehr voneinander unterscheiden.

Forschungsergebnisse

- In den Mitgliedstaaten existieren verhältnismäßig zentralisierte Arbeitsbeziehungssysteme.
- In den beitrittswilligen Ländern sind die Verhandlungen eher dezentralisiert und weniger entwickelt.
- Lediglich in Zypern und der Slowakischen Republik erfolgen Lohnverhandlungen nach einem ähnlichen Muster wie dem typischen Muster im kontinentalen Westeuropa.
- Das äußerst zentralisierte System Sloweniens ähnelt eher dem Österreichs, Belgiens und Irlands.
- Die Vorherrschaft unternehmensbezogener Tarifverhandlungen in allen beitrittswilligen Ländern ähnelt am ehesten dem im Vereinigten Königreich praktizierten Ansatz.
- Sektorübergreifende Tarifverhandlungen werden in keinem der beitrittswilligen Länder durchgeführt, außer in Slowenien und in geringerem Maß in Ungarn und Lettland.
- Sektorbezogene Tarifverhandlungen spielen nur in Zypern und in der Slowakischen Republik eine große Rolle. In Slowenien sind sektorbezogene Tarifverhandlungen ein wichtiges Mittel, auch in Ungarn kommt ihnen noch recht große Bedeutung zu; in geringerem Maß wird auch in der Tschechischen Republik davon Gebrauch gemacht.

Ein Kernaspekt der Arbeitsbeziehungen in den meisten EU-Mitgliedstaaten ist ein weitläufiges System der Beteiligung von Arbeitnehmern - indirekt oder durch Vertreter - auf Unternehmens- oder Arbeitsplatzebene durch gewählte Betriebsräte oder vergleichbare Einrichtungen. Systeme gesetzlicher Betriebsräte, die auf Gesetzen oder allgemein anwendbaren Tarifabkommen basieren, sind in vielen Ländern zu finden. Die gegenwärtige Situation in den beitrittswilligen Ländern hinsichtlich der Beteiligung von Arbeitnehmern durch Vertreter sieht je nach Land anders aus. Betriebsratähnliche Strukturen scheinen jedoch allgemein nicht verbreitet zu sein und dort, wo es sie gibt, befinden sie sich häufig gerade erst in der Einführungsphase. Von den zehn Ländern, die hier betrachtet wurden, können nur die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien betriebsratähnliche Einrichtungen vorweisen. Lediglich in Ungarn und Slowenien können diese Strukturen vollständig mit einem „typischen“ westeuropäischen Betriebsrat verglichen werden, d. h., es handelt sich um gewählte gesetzliche Einrichtungen, die Informations- und Beratungsrolle übernehmen und normalerweise neben Vertretungen und Tarifverhandlungen durch die Gewerkschaften bestehen.

Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC)

Die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC) bildet die jüngste Informationsquelle der Stiftung. Die EMCC wurde im Rahmen der Sozialpolitischen Agenda der Europäischen Kommission von 2000 angeregt und vom Europäischen Parlament, dem Ministerrat, der Kommission, den Sozialpartnern und dem Verwaltungsrat der Stiftung unterstützt. Daraufhin wurde die EMCC Ende 2001 gegründet. Sie hat zur Aufgabe, zusammen mit anderen Kernbereichen der Stiftungsarbeit, zum zentralen Ziel der Analyse und der Antizipierung von Wandel beizutragen, um den sozioökonomischen Fortschritt zu unterstützen.

Das strategische Ziel der EU, wie auf dem Gipfel in Lissabon im Jahr 2000 festgehalten, war es, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum zu machen, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Um dieses Ziel zu erreichen, muss ein positiver und proaktiver Ansatz gegenüber dem Wandel verfolgt werden. Verlässliche Informationen, Daten und Ressourcen sind vonnöten, um die Sozialpartner für wirkungsvolle und akzeptable Möglichkeiten für den Umgang mit Wandel in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Unternehmen und Arbeitsmärkten zu sensibilisieren.

Seit der Gründung der EMCC wurde eine Reihe wichtiger politischer Initiativen auf europäischer Ebene durchgeführt. Dazu zählen die Gespräche über die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR), die Entschlüsse des Europäischen Parlaments zur Umstrukturierung, das CSR-Grünbuch, die Hochrangige Gruppe für Arbeitsbeziehungen und Wandel und der Beratungsprozess zur Umstrukturierung. All diese Initiativen unterstreichen den Bedarf an einer verlässlichen und verfügbaren Informationsquelle, die Arbeitgebern und Arbeitnehmern hilft, Wandel zu verstehen, mit ihm umzugehen und ihn zu antizipieren. Darin besteht die Rolle der EMCC. Ihr Zweck ist es, relevante und verlässliche Informationen zu ermitteln, zu erfassen, zu bewerten und zu verarbeiten. Diese Informationen helfen dann, das Bewusstsein der relevanten Hauptakteure für Wandel, der aus technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren resultiert, zu schärfen.

EMCC-Portal

Die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels stellte auf der Beschäftigungswoche der EU im November 2002 in Brüssel ihr Webportal vor (www.emcc.eurofound.eu.int). Das Portal ist Teil des Prozesses für die Sammlung und Verbreitung von Informationen. Es stellt das Hauptmedium für den Zugriff und die Verbreitung von Wissen und Erfahrungen bei der Antizipierung und Bewältigung von Wandel dar. Im Portal sind Inhalte von Forschungsarbeiten enthalten. Im Rahmen einer Durchführbarkeitsstudie wurden auch Möglichkeiten für die Weiterentwicklung des EMCC-Portals in den Bereichen Inhaltserfassung, Suchwerkzeuge, Personalisierung, Klassifizierung, Werkzeuge für die Zusammenarbeit, Inhaltsbewertung und Online-Veröffentlichung ermittelt. Die Entwicklung des Portals wird 2003 fortgesetzt.

Unternehmensnetz

Dieses Projekt begann als gemeinsame Initiative der Abteilungen Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen und anderen EMCC-Abteilungen. Ziel war es, ein Netz von Unternehmen zu schaffen, die Erfahrungen im Bereich Arbeitsbeziehungen und Praktiken bei der Personalführung beisteuern sollten. Das Projekt wurde 2002 in die Arbeit der EMCC eingebunden.

Forschungsstudien

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Triebkräfte des Wandels im Grafik- und Mediensektor

Die Forschungsstudie *Information and Communication Technologies (ICT) as a driver of change in the graphics and media sector* untersuchte, wie die Informations- und Kommunikationstechnologien den Wandel in der Grafik- und Medienbranche in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Arbeit, Organisation, Beschäftigung und Fertigkeiten/Qualifikationen in den vergangenen zehn Jahren vorangetrieben haben. Ein Bericht lieferte Hintergrundinformationen, um die gegenwärtige Situation des Sektors zu ermitteln. In einem anderen Bericht wurden relevante Unternehmensfälle identifiziert und Szenarien aufgestellt, in der die zukünftige Entwicklung des Sektors antizipiert wird. Etwa 40 Teilnehmer aus Unternehmen unterschiedlicher Größe und aus allen EU-Ländern nahmen an einem Workshop mit dem gleichen Thema teil und verwendeten die Erkenntnisse der Analysen, Daten und Fallstudien aus den Studienberichten.

IKT als Triebkräfte des Wandels im Fischereisektor

In der Forschungsstudie *ICT as a driver of change in the fishing sector* wurde untersucht, wie die Informations- und Kommunikationstechnologie den Wandel im Fischereisektor (außer in der Aquakultur) vorangetrieben haben. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Umweltfaktoren und Gesetze/Vorschriften die bedeutendsten Triebkräfte des Wandels für die Schaffung einer nachhaltigen Industrie darstellen. Allerdings hat der Einsatz von Technologien den Wandel aus wirtschaftlichen Gründen vorangetrieben. In den Berichten werden außerdem die verschiedenen Reaktionen der Unternehmen auf die einzelnen Triebkräfte untersucht. Zwei mögliche Szenarien wurden für die Antizipierung der Zukunft des Sektors erarbeitet. Das erste, namens „Sustainable e-fishing 2007“ (Nachhaltige E-Fischerei 2007), zeichnet ein positives Bild des Sektors und prognostiziert ihm ein rasches Wachstum bei elektronischen Transaktionen und elektronischer Verfolgbarkeit. Das zweite Szenario, „Troubled waters 2007“ (Belastete Gewässer 2007), ist weniger optimistisch: das Vertrauen im Sektor ist gering, die Reformen der Fischereipolitik haben nicht die im Sektor nötige Nachhaltigkeit erzielt.

Finanzmärkte als Triebkräfte des Wandels

Die Forschung *Financial markets as a driver of change* führte zu vier Studien: einem ausführlichen Bericht über die Entwicklungen auf den Finanzmärkten von 1990 bis heute; einer Literaturlauswertung über den Vergleich der Leistungen von Unternehmen in Familienbesitz und von börsennotierten Unternehmen; Fallstudien zur Auswirkung der Finanzmärkte auf Unternehmen; Szenarien zur Zukunft der Unternehmensfinanzierung in Europa. Ein Verzeichnis von Datenquellen sowie eine Studie, in der Indikatoren für die Beobachtung der Finanzmarktentwicklung ermittelt wurden, war ebenfalls enthalten.

Netzwerk-Veranstaltungen

Während der Anfangsphase der EMCC wurden diverse Workshops und Seminare veranstaltet, die zum Ziel hatten, das Bewusstsein für die Ziele und Aktivitäten der EMCC zu erhöhen.

14.-15. Mai

Private equity deals as a chance for business turnaround - Where and how did it work? (Privater Stammaktienbesitz als Möglichkeit der Umsatzförderung - wo und wie hat es funktioniert), Dublin.

Dies war das Thema des ersten EMCC-Workshops. Die Teilnehmer umfassten hochrangige Redner und Vertreter von Unternehmen, Sozialpartnerorganisationen sowie Personen aus Forschung und Wissenschaft. Als Grundlage für Gruppenarbeiten dienten Fallstudien.

23.-24. September

Social partners and the development of competences and qualifications in Europe (Sozialpartner und die Entwicklung von Kompetenzen und Qualifikationen in Europa), Brüssel.

Diese Veranstaltung wurde vom CEDEFOP mitorganisiert. Die EMCC lieferte Vorschläge für eine internationale Konferenz, auf der praktische Initiativen zur Erfüllung der politischen Ziele der Sozialpartner vorgestellt, überarbeitet und diskutiert werden sollten. Gemeinsamer Rahmen zu Fertigkeiten und lebenslangem Lernen.

3.-4. Dezember

Mergers and acquisitions in Europe - Anticipating and managing human resources implications (Fusionen und Übernahmen in Europa - Auswirkungen auf die Belegschaft antizipieren und meistern), Dublin.

Etwa 25 Unternehmensvertreter (Geschäftsleitung und Mitarbeiter) sowie Sachverständige aus mehreren Ländern besuchten dieses Seminar. Während der zweitägigen Veranstaltung wurden vier Unternehmensfälle untersucht.

Schlüsselveranstaltungen

14.-15. Oktober

Employment effects of mergers and acquisitions (Beschäftigungseffekte von Fusionen und Übernahmen), Brüssel.

Auf diesem Seminar wurden das EMCC-Konzept und -projekt den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Europas und Vertretern der Sozialpartner im Europäischen Parlament vorgestellt.

19.-21. November

Beschäftigungswoche 2002: Managing Change in the labour market (Bewältigung von Wandel im Arbeitsmarkt), Brüssel.

Auf der zehnten Jahresveranstaltung, die von der Europäischen Kommission organisiert wurde, wurde das EMCC-Portal am 21. November während eines Vortrags vor der Vollversammlung präsentiert.

Im Brennpunkt

Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologie auf die Industrie: Schwerpunkt Grafik- und Mediensektor

Im Dezember organisierte die EMCC einen Workshop für Entscheidungsträger, die in oder für die europäische Medien- und Grafikbranche tätig sind. Die ca. 40 Teilnehmer aus elf EU-Ländern stellten eine eindrucksvolle Mischung von Unternehmen und gesamteuropäischen Sektor- und Sozialpartnerorganisationen dar. Ziel war es, sich mit dem Wandel auseinander zu setzen, der die Informations- und Kommunikationstechnologie zu einer äußerst dynamischen und sektorübergreifenden Industrie in Europa werden ließ.

Der Workshop begann mit einem Vortrag, in dem die Erkenntnisse einer neuen vom EMCC durchgeführten Studie vorgestellt wurden. Die Studie beschrieb einige Kernfakten über die sich wandelnde Struktur dieser weitläufigen und vielfältigen Industrie.

- Der Grafik- und Mediensektor wurde in gewissen Untersektoren der Branche größeren Umstrukturierungsmaßnahmen unterzogen, die z. T. immer noch erfolgen; zu den Untersektoren, die von der Umstrukturierung betroffen sind, zählen beispielsweise Druckvorstufe, Druck, Medienkonvergenz im Bereich Telekommunikation und Rundfunk sowie soziale Verantwortung der Unternehmen im Kontext der Massenmedien.
- Verlust und Schaffung von Arbeitsplätzen, veränderte Anforderungen hinsichtlich Fertigkeiten, Erfolg und/oder Niederlage von Bildungs- und Ausbildungssystemen als Reaktion auf den Wandel und die Auswirkungen der Globalisierung - all diese Faktoren führen zu einem Sektor, der im Wandel begriffen ist.
- Neue Anforderungen hinsichtlich Fertigkeiten und Fragen zu lebenslangem Lernen sind vor allem in den Untersektoren Druck und Veröffentlichung und im audiovisuellen Sektor von Bedeutung.
- Im Sektor insgesamt spielt der Wandel in drei Bereichen eine besonders große Rolle:
 - Einbeziehung der Gewerkschaften bei der Ausbildung;
 - Einsatz von freiberuflichen Arbeitskräften und Outsourcing-Praktiken;
 - vermehrte Verfügbarkeit und Nutzung von Technologien, die neue Perspektiven für die Schaffung und den Wechsel von Arbeitsplätzen eröffnen.

Ziel des zweitägigen Workshops war es, die Realität hinter diesen Kernfakten zu untersuchen und mehr Klarheit und Zusammenhang in dieses komplizierte Bild zu bringen. Eine eingehende Analyse der Tatsachen hinter den Statistiken in Form von fünf ausführlichen Fallstudien aus Dänemark, Griechenland, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich widmete sich schwerpunktmäßig bewährten Praktiken im Umgang mit neuen Technologien im Sektor. Diese Fallstudien, die so unterschiedliche Sektoren abdeckten wie den Rundfunk (BBC, Vereinigtes Königreich) und die Veröffentlichung personalisierter Bücher auf Nachfrage (Gopher-Verlag, Niederland), wurden von der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels in Auftrag gegeben und können im EMCC-Portal abgerufen werden (www.emcc.eurofound.eu.int).

Ein integrierter Ansatz: bereichsübergreifende Themen

Um die vielfältigen Arbeiten, die von der Stiftung zu bestimmten Themen ausgeführt wurden, zu verfestigen und zu verbreiten, wurde im Rahmen des Vierjahresarbeitsprogramms 2001-2004 das Konzept der bereichsübergreifenden Themen eingeführt. Diese projektübergreifende Analyse stützt sich auf alle Bereiche der Stiftungsarbeit und wird intern vom Stiftungspersonal vorgenommen. Die Analyse wird in Form eines Papiers der Stiftung veröffentlicht, das auf die Informationsbedürfnisse der Zielgruppen der Stiftung zugeschnitten ist. Bezeichnenderweise ist jedes Papier der Stiftung im Kontext der Ziele und Entwicklungen der gegenwärtigen EU-Politik verfasst und schließt einen Ausblick für das jeweilige Thema mit ein.

Ein weiteres Ziel der bereichsübergreifenden Themen ist es, in den drei Kernbereichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsbeziehungen und Lebensbedingungen (in Bezug auf die fünf nachstehend genannten Themen) größere Konsistenz, Kohärenz und einen integrierten Ansatz zu schaffen. Der Verwaltungsrat ernannte einen beratenden Ausschuss, der sich mit jedem der fünf Themen auseinander setzen soll. Der Ausschuss übernimmt bei der Auswahl von Themen und Fragen für die Papiere der Stiftung beratende Funktion, erörtert und kommentiert Entwürfe von Papieren und unterbreitet Vorschläge zur ihrer Verbreitung.

Förderung besserer Beschäftigung

Zu diesem Thema veröffentlichte die Stiftung 2002 zwei Papiere. Die erste Veröffentlichung in dieser neuen Reihe befasst sich mit der Frage der Qualität von Arbeit und Beschäftigung in Europa sowie mit deren Problemen und Herausforderungen (*Quality of work and employment in Europe: issues and challenges*). Das Papier steht deutlich im Kontext der auf dem Gipfel in Lissabon festgehaltenen Ziele: Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, Verbindung von Sicherheit und Flexibilität, Ermöglichung der Entwicklung von Kompetenzen, Förderung des Ausgleichs von Arbeitsleben und Nichtarbeitsleben und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken. Unter Berücksichtigung dieser Ziele untersucht die Veröffentlichung die Probleme und Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert wird.

Das zweite Papier der Stiftung hat den Zugang benachteiligter Gruppen zur Beschäftigung zum Schwerpunkt (*Access to employment for vulnerable groups*); Personen, die ein hohes Risiko tragen, von der Beschäftigung ausgeschlossen zu werden, stehen dabei im Mittelpunkt: ältere Arbeitnehmer, Personen mit Behinderungen, Angehörige ethnischer Minderheiten sowie andere benachteiligte Gruppen. Das Papier stützt sich auf frühere Forschungsarbeiten der Stiftung zu Problemen von Personen in benachteiligten Gruppen, auf die Strategien, die entwickelt wurden, um die Bedürfnisse dieser Gruppen zu stillen, und auf die Erkenntnisse, die bei einer erfolgreichen Umsetzung dieser Strategien auf lokaler Ebene gewonnen wurden.

Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen

Die Verbesserung der Qualität der Arbeit und Beschäftigung von Frauen war der Schwerpunkt eines Stiftungspapiers zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen, das Ende 2002 herausgegeben wurde (*Quality of women's work and employment*). Die Veröffentlichung stützt sich überwiegend, aber nicht ausschließlich, auf Forschungen der Stiftung in diesem Bereich in den letzten zehn Jahren. Dabei werden sowohl positive als auch negative Änderungen auf diesem Gebiet aufgeführt, wie auch die beständigen Herausforderungen, denen Frauen im Arbeitsleben nach wie vor begegnen. Auch im Rahmen der Stiftungsarbeit ermittelte Instrumente und Strategien zur Verbesserung der Qualität der Arbeit und Beschäftigung von Frauen werden genannt.

Umgang mit Vielfalt

Die erste Sitzung des beratenden Ausschusses zum Thema Vielfalt fand im September 2002 statt; wichtigster Punkt der Tagesordnung war die Diskussion möglicher Themen für Papiere der Stiftung. Die Sitzung trug zur Erläuterung folgender Konzepte bei: Vielfalt, Umgang mit Vielfalt, Antidiskriminierung und Chancengleichheit. Ferner wurde erörtert, wie und in welchem Maße der Umgang mit Vielfalt zu wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt führen kann. In ihrem Vierjahresarbeitsprogramm hat die Stiftung den Umgang mit Vielfalt als potenzielles Instrument zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Schaffung einer kohärenteren Gesellschaft in Europa identifiziert. Unter Zuhilfenahme früherer Forschungsarbeiten arbeitet die Stiftung derzeit ein Papier zu diesem Thema aus.

Unterstützung sozialer Eingliederung

Die erste Sitzung des beratenden Ausschusses wurde im Dezember 2002 abgehalten. Dabei wurden frühere Arbeiten der Stiftung zu diesem Thema überarbeitet, um den Umfang der Vorarbeit für bis zu drei Papiere der Stiftung im kommenden Jahr zu bestimmen; dies würde den Bedarf der Stiftungszielgruppen decken. Auf einer zweiten Sitzung Ende Januar 2003 wurde eine Liste mit Vorschlägen verabschiedet; darin enthalten waren Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, eine neue Rolle für Sozialpartner bei der sozialen Eingliederung und der Zugang zu sozialen öffentlichen Diensten.

Untersuchung der veränderten Zeitnutzung

Die Arbeit zu diesem Thema wurde 2002 im Anschluss an die erste Sitzung des beratenden Ausschusses aufgenommen. Es wurde vereinbart, ein erstes Papier der Stiftung zum Thema Arbeitszeit in Europa und den damit verbundenen Trends und Problemen vorzubereiten (*Working time in Europe: trends and issues*). Der Sitzung folgte ein Seminar mit ca. 30 Teilnehmern, die sich aus Mitgliedern des beratenden Ausschusses sowie aus Forschern im Bereich Zeit, die an früheren Stiftungsprojekten mitgewirkt hatten, zusammensetzten. Der Workshop hatte zum Ziel, die frühere Arbeit der Stiftung zum Thema Zeit zu überdenken, Möglichkeiten aufzudecken, wie die Forschung in diesem Bereich verbessert werden kann, und Kernfragen für neue Arbeiten zu ermitteln. Zeit wurde als wichtige Analysedimension bestätigt, durch die die Kernbereiche der Stiftungsarbeit und besonders relevante Bereiche, wie Gleichstellung der Geschlechter, Beschäftigungsfähigkeit und die Erfüllung der auf dem Gipfel in Lissabon festgehaltenen Ziele, miteinander verbunden werden. Es wurde vereinbart, die Arbeit fortzusetzen, um zu einem besseren Verständnis der kulturellen Auffassungen von Zeit (des Einzelnen wie der Gesellschaft) zu gelangen und diese Auffassungen zu integrieren.

Entwicklungsaktivitäten

In Vorbereitung auf die Informationsbedürfnisse und politischen Entwicklungen nach 2004 führt die Stiftung auch Untersuchungen und Experimente zu neuen Fragen auf bereichsübergreifender Ebene aus. Diese Arbeit, die darauf abzielt, neue Entwicklungen zu antizipieren und das Bewusstsein für sie zu schärfen, umfasst die Forschung, den Aufbau von Netzwerken und den Informations- und Wissensaustausch in den entsprechenden Bereichen. Die Entwicklungsprojekte sind innovativ, experimentell, analysierend und auf die Zukunft ausgerichtet.

Migration und Mobilität

Migration und Mobilität sind wichtige Themen auf der Tagesordnung der Europäischen Union. Sie bilden die Kernelemente, mit denen sich Europa befassen muss, will es sein gesamtes Wirtschaftspotenzial ausschöpfen und die soziale Eingliederung fördern.

Die alternde Erwerbsbevölkerung und Gesellschaft Europas stellen neue Ansprüche an den Arbeitsmarkt, vor allem in Bezug auf Pflege und Betreuung. Migration und Mobilität können bei der Lösung dieser Probleme eine Rolle spielen. Migration ist jedoch kein einfacher Prozess und kann nicht nur unter dem Aspekt des Arbeitsmarkts betrachtet werden. Die Herausforderung der wirtschaftlichen und sozialen Integration von Migranten hat den Druck auf die öffentlichen Verwaltungen verstärkt; diese müssen soziale Dienste, lokale Netzwerke, praktische Ausbildung, Sprachunterricht und andere Einrichtungen für die Bedürfnisse der Migranten bereitstellen.

Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung 2002 ein Entwicklungsprojekt zu diesem Thema begonnen. Es wurde ein Projektteam mit Vertretern der drei Kernbereiche aufgestellt und ein beratender Ausschuss gebildet. Die Arbeit konzentrierte sich 2002 auf die Probleme von Migranten und auf die Initiativen, die vom privaten und öffentlichen Sektor ergriffen wurden, um gegen diese Probleme vorzugehen. Im Rahmen des Projekts werden ein Glossar mit Schlüsselkonzepten erstellt, relevante Informationen gesammelt und analysiert (landesweit und europaweit) und ein Szenario über die Aussichten der nächsten zehn Jahre erarbeitet. Die Ergebnisse werden voraussichtlich 2003 veröffentlicht; dann wird auch ein Workshop veranstaltet, auf dem die Ergebnisse erörtert werden und die Migrationspolitik der nächsten zehn Jahre diskutiert wird.

Vorhersage zur Wissensgesellschaft

Die Stiftung begann 2001 mit dem Projekt zur Vorhersage zur europäischen Wissensgesellschaft. Zweck des Projekts war die Untersuchung der Triebkräfte der Wissensgesellschaft im Zusammenhang mit Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen und die Bewertung ihrer Auswirkungen. Die Arbeit war eng mit den Zielen des Gipfels von Lissabon verknüpft und verfolgte das Ziel, die GD Informationsgesellschaft und die GD Forschung der Europäischen Kommission durch die Ausarbeitung eines Handbuchs zur Vorhersagenmethodik zu unterstützen. Das Projekt steht auch in direktem Bezug zur Arbeit der GD Beschäftigung und Soziales. 2002 wurde in vier ausgewählten Ländern mit Pilotprojekten begonnen: in Finnland, Deutschland, Griechenland und Irland. 2002 wurde als Folge des Projekts ein Handbuch zur Vorhersage zur Wissensgesellschaft herausgegeben, das im November auf einer Konferenz in Brüssel vorgestellt wurde. In Rahmen des Projekts wurden auch vier nationale temporäre Stellen zur Vorhersage in den am Pilotprojekt beteiligten Ländern eingerichtet, die sich aus Sozialpartnern, Vertretern der Staaten und Forschern zusammensetzen.

Im Zeitrahmen 2002-2003 soll im Projekt Folgendes erarbeitet werden:

- Fortschrittsindikatoren für die Wissensgesellschaft in den EU-Ländern;
- einzelstaatliche Modelle der Wissensgesellschaft in den ausgewählten Pilotländern;
- einzelstaatliche Vorhersagen zur Wissensgesellschaft in ausgewählten Ländern;
- ein Synthesebericht über die Vorhersage für die europäischen Wissensgesellschaft in den Bereichen Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen.

Größere Transparenz: Information und Kommunikation

Die Einbindung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Stiftung in das Vierjahresarbeitsprogramm war die Hauptaufgabe der Abteilung Information und Kommunikation im Jahr 2002. Dazu wurde in allen Forschungsprojekten eine Informations- und Kommunikationsdimension aufgenommen, außerdem wurde die Arbeit der Kernaktivitäten der Stiftung gefördert. Die Erhöhung der Transparenz der Stiftung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene war ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Stiftung. Die erfolgreiche Veranstaltung des ersten Forums der Stiftung im August in Dublin stellte einen wichtigen Meilenstein der Informations- und Kommunikationsstrategie dar.

Hauptbotschaft

„Bessere Beschäftigung“ war die zentrale Botschaft der Stiftung im Jahr 2002. Etwa die Hälfte der von der Stiftung in diesem Jahr erzeugten Informationsprodukte und durchgeführten Aktivitäten vermittelten diese Botschaft.

Kommunikationskanal	Anzahl der Produkte oder Aktivitäten	Prozentualer Anteil am Thema „Bessere Beschäftigung“
Berichte	70	51 %
Stiftungspapiere	3	100 %
Pressemitteilungen	26	50 %
Artikel auf Webseiten	30	20 %
Artikel in Communiqué	30	26 %
Eigene/gemeinsame EU-Konferenz	3	66 %
Stiftungsforum	1	50 %
Externe Konferenzen	94	57 %

Bessere Ausrichtung auf Zielgruppen

Das Verbindungsbüro in Brüssel hat bei der Verbreitung von Informationen, Fachkenntnissen und Wissen der Stiftung in den einschlägigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments und Abteilungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses eine zentrale Rolle eingenommen. Es wurde regelmäßiger und intensiver mit der Kommission zusammengearbeitet; sichtbares Ergebnis war die Erstellung gemeinsamer Berichte zu den Themen Arbeitsbeziehungen und Lebensbedingungen.

Die nationalen Verbindungsbüros wurden eingerichtet, um die Entwicklung in sozialpolitischen Fragen in den einzelnen Ländern zu überwachen; außerdem sollten Zielgruppen und „Stiftungsfreunde“ identifiziert werden, um die Reichweite der Stiftungsaktivitäten zu vergrößern. Mittlerweile gibt es in sieben Mitgliedstaaten Verbindungsbüros: in Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Spanien, Schweden und Österreich. Im Anschluss an die erste Umsetzungsphase (Ende 2002 bis Mitte 2003) wird eine Bewertung vorgenommen, bevor die Verbindungsbüros 2004 möglicherweise auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt werden. Die ersten Berichte sind zufrieden stellend und deuten darauf hin, dass die nationalen Verbindungsbüros die Bereitstellung der richtigen Informationen zur richtigen Zeit in den einzelnen Ländern effektiv bewerkstelligen können.

Nach Besuchen, die die Direktion im Jahr 2002 in den 13 beitrittswilligen Ländern durchgeführt hat, wurden die wichtigsten Zielgruppen in diesen Ländern ermittelt. Diese Zielgruppen werden nun regelmäßig von der Stiftung mit Informationen versorgt.

Bekanntmachung der Botschaft

Die neue Politik, wichtige und große Konferenzen zur Verbreitung der Botschaft zu nutzen, hat sich als erfolgreich erwiesen, und das Forum der Stiftung hat wesentlich dazu beigetragen, die Rolle der Stiftung bei der Debatte mit Sozialpartnern und Regierungen zu festigen. Zwei gemeinsame Konferenzen, die unter der spanischen und der dänischen EU-Präsidentschaft organisiert wurden, spielten diesbezüglich eine Rolle. Die Stiftung war auch an zehn weiteren Veranstaltungen unter der EU-Präsidentschaft beteiligt, entweder als Redner oder Panelmitglied, und nahm an acht Konferenzen unter EU-Präsidentschaft teil.

Die Konferenz zu Indikatoren für eine bessere Arbeitsqualität (*Indicators for better quality of work*), die zusammen mit der belgischen Regierung und dem Internationalen Arbeitsamt veranstaltet wurde, hob die Bedeutung hervor, die die Stiftung diesem Bereich ihrer Arbeit beimisst.

Die Seminare zur *Ersten Umfrage über die Arbeitsbedingungen in den beitrittswilligen Ländern*, die während der Besuche der Direktion in diesen Ländern stattfanden, dienten ebenfalls als wichtiges Instrument, um den Aufgabenbereich und Inhalt der Forschungsaktivitäten der Stiftung zu erläutern.

Verbreitung von Informationen

2002 wurden über 800 000 Zugriffe von Nutzern auf der Haupt-Website der Stiftung registriert. Dies entspricht einer Zunahme von 78 % gegenüber dem Vorjahr. *Eurofound*, die Website der Stiftung, bietet eine Beschreibung aller laufenden und neuen Projekte sowie Zusammenfassungen von Forschungsergebnissen und Vorträgen auf Stiftungskonferenzen und verzeichnet seit 2002 ein kontinuierliches Wachstum. Die systematische Einführung konsistenter Schlüsselwörter und Beschreibungen in den Metadaten der Eurofound-Website hat zu einem deutlichen Anstieg der Nutzerzugriffe über Suchmaschinen geführt. Ungefähr jeder fünfte Nutzer von *Eurofound* hat die Website zuvor schon einmal genutzt; dies wird als Zeichen der Nutzerzufriedenheit gewertet. Alle Veröffentlichungen können kostenfrei von der Website der Stiftung heruntergeladen werden. 2002 wurden mehr als 100 Veröffentlichungen im Internet zur Verfügung gestellt.

EIROOnline, die Website des Europäischen Observatoriums für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und die erste Website der Stiftung, verzeichnete 2002 ebenfalls einen Anstieg der Nutzerzugriffe: Die Zugriffe stiegen um 156 % auf 1 124 568. Im November 2002 wurde das EMCC-Webportal eingeweiht. Derzeit wird an einer neuen Version der Datenbank über Abkommen der Europäischen Betriebsräte gearbeitet, die 2003 im Internet veröffentlicht wird.

Die Websites der Stiftung entsprechen nun auch den WAI-Leitlinien, so dass der Zugang für Nutzer mit Behinderungen erleichtert wird.

Mehr Veröffentlichungen

2002 wurden insgesamt 110 Veröffentlichungen herausgegeben (2001 waren es 48). Darunter waren 70 Berichte, von denen 49 ausschließlich im Internet veröffentlicht wurden. Ferner wurden 16 Zusammenfassungen von Einzelberichten im Internet zur Verfügung gestellt und drei Stiftungspapiere

verfasst. Beim Stiftungspapier handelt es sich um ein neues Produkt, in dem mehrere Jahre Forschungsarbeit zu Themen der sozialpolitischen Tagesordnung der EU zusammengefasst werden. Ein weiteres neues Produkt, das Resümee („résumé“), zielt darauf ab, die Ergebnisse eines bestimmten Forschungsbereichs oder Großprojekts zusammenzufassen. 2002 wurden vier solche Resümees erstellt.

Darüber hinaus erschienen im gleichen Jahr vier Unternehmensbroschüren und drei andere Werbebroschüren. Die Unternehmensbroschüren wurden sowohl in den Sprachen der EU-Mitgliedstaaten als auch der beitriftswilligen Länder herausgegeben. Zusammenfassungen von Berichten über die beitriftswilligen Länder wurden ebenfalls in die jeweiligen Sprachen übersetzt.

„Neuer“ Newsletter

Communiqué, der Newsletter der Stiftung, erhielt 2002 ein neues Layout. Die Aufmachung lehnt sich jetzt stärker an ein Nachrichtenblatt an, und der Newsletter bietet eine deutlichere Übersicht über alle Aktivitäten der Stiftung. Der Newsletter erscheint jetzt nur noch sechsmal pro Jahr (statt bislang zehnmal), dafür wurde die Seitenzahl pro Ausgabe von vier auf sechs erhöht. Dadurch soll eine substantiellere Wirkung erzielt werden. Gleichzeitig wird eine Online-Version des Newsletters angeboten, und die Informationen können nun auf Anfrage regelmäßig per E-Mail bezogen werden. Für 2003 ist eine externe Bewertung von *Communiqué* geplant.

Eine Presseanfrage pro Tag

Die Transparenz der Stiftung in den europäischen Medien nahm infolge besser koordinierter Presseaktivitäten über das Jahr zu. 2002 wurden 25 Pressemitteilungen herausgegeben (im Vorjahr waren es nur zehn), die zu ca. 200 Presseauschnitten führten. Um die enge Beziehung zu Journalisten im sozioökonomischen Bereich weiter zu fördern, wurde auf der Website der Stiftung eine Nachrichtenzentrale eingerichtet, über die leicht auf Informationen über die laufende Arbeit der Stiftung, auf Pressemitteilungen und auf Presseauschnitte zugegriffen werden kann. Über 600 Journalisten registrierten sich 2002 in der Nachrichtenzentrale der Stiftung, um Pressemitteilungen und Informationen per E-Mail zu beziehen, und die Anfragen von Journalisten stieg auf ca. 220 - das entspricht fast einer Anfrage pro Tag.

Verdopplung der Besucherzahlen

2002 verzeichnete die Stiftung ca. 980 Besucher in 69 Gruppen, d. h. die Besucherzahlen stiegen gegenüber 2001 um 45 % an. Die Mehrheit der Besucher im Jahr 2002 stammte aus Skandinavien (44 %), und nur 14 % der Besucher kam aus den südlichen EU-Ländern. Durchschnittlich 37 % aller Besucher in diesen vier Jahren waren Sozialpartner. 2002 vertraten drei von zehn Besuchern das Europäische Parlament, die Kommission, Botschaften, Minister aus EU-Mitgliedstaaten und einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats. Die Hälfte der Besucher waren Sozialpartner, NROs oder Pressemitarbeiter, ein Fünftel waren Studenten oder Personen, die aus dem Bildungswesen stammten.

Konferenzen und Ausstellungen: Politik der Öffnung

2002 fand eine Vielzahl von Veranstaltungen, die entweder allein oder gemeinsam mit anderen Organisationen von der Stiftung organisiert wurden, statt. Die Stiftung nahm an 96 externen Veranstaltungen mit Vorträgen oder Panelauftritten teil. Die größte Veranstaltung war selbstverständlich das Forum der Stiftung im August in Dublin.

2002 wurden ca. 12 Ausstellungen durchgeführt. Das waren zwar nicht so viele wie in den vergangenen Jahren, aber der Schwerpunkt liegt nun auf weniger, dafür größeren Konferenzen anderer Organisatoren. Für das Forum wurde ein neuer Ausstellungsstand entwickelt, der die Ausrichtung auf elektronikbasierte Ausstellungen und moderne Ausrüstung verdeutlichte. Die Ausstellungsrichtlinien und Vorgehensweisen werden derzeit ausgearbeitet und 2003 umgesetzt.

Mehr Anfragen

Insgesamt 997 Anfragen wurden 2002 an die Stiftung gerichtet. Eine interne Arbeitsgruppe setzte ein Protokoll für die Bearbeitung von Anfragen auf und willigte ein, Standardformulierungen für häufig gestellte Fragen in verschiedenen Sprachen auszuarbeiten. Die Umsetzung erfolgt 2003 in Verbindung mit dem Kontaktmanagementsystem unter der Führung des Leiters der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnologie.

Das Informationszentrum arbeitete intern an der Bibliothek-Präsenz im Intranet weiter; dazu wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro in Brüssel Webbibliografien, Linkseiten und ein EU-Nachrichtenprotokoll geschaffen. Der elektronische Zugriff auf Fachzeitschriften wurde zusammen mit dem Zugriff auf bibliografische Datenbanken und Wirtschaftsdatenbanken als fester Pfeiler in der Informationsstrategie etabliert. 2002 wurde eine Strategie zur Katalogisierung geplant. Bis Mitte 2003 werden alle in letzter Zeit erworbenen Bücher mit einer Beschreibung im webbasierten Katalog erfasst.

2002 wurde mit Plänen für die Renovierung der Bibliothek begonnen, um einen zentralen Ort für das Einsehen des Katalogs zu bestimmen und gleichzeitig einen nutzerfreundlicheren Bereich anzulegen.

Informationsverbreitung durch Fortbildung

Vom 10.-15. März wurde in Uppsala in Schweden zusammen mit dem Nordic Institute for Advanced Training in Occupational Health and other Work Life Matters (NIVA) ein einwöchiges Seminar veranstaltet.

Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) wurde vom 7.-9. März in der Stiftung ein Seminar zur Nutzung des Internets als Informationsinstrument für Arbeitsbeziehungen veranstaltet.

Qualitätskontrolle

Im Januar 2002 wurde ein neuer hauseigener Stil eingeführt, und Ende 2002 erschien ein Handbuch der Abteilung Information und Kommunikation zu Strategien und Vorgehensweisen. In diesem Buch sind Strategien und Vorgehensweisen in Bezug auf Besucher sowie Anleitungen für Web- und Printveröffentlichungen enthalten. Als Teil der Qualitätsstandards wurde ein Leitfaden für das Verfassen von Texten aufgenommen, der sich auf Stil und Schreibkonventionen im Englischen konzentriert. Das Handbuch umfasst auch eine Strategie für Presseprozeduren.

Es wurde mit einem Projekt zur Verbesserung der Qualität von Übersetzungen begonnen, bei dem die Terminologearbeit eine wesentliche Rolle spielt. Damit Übersetzer auf die richtigen Übersetzungen für Termini, die in den Forschungsbereichen der Stiftung verwendet werden, zugreifen können, wurde eine Datenbank eingerichtet. Mittlerweile sind mehr als 800 Termini in allen europäischen Sprachen enthalten.

Dank der Entwicklung einer Veranstaltungsdatenbank ist es außerdem zum ersten Mal möglich, eine Übersicht über alle anstehenden internen und externen Konferenzen und Workshops aufzurufen.

Zudem wurden für Besucher Vortragspakete entwickelt, die Ende Januar 2003 fertig gestellt werden.

Die gesamte Arbeit der Stiftung war 2002 von Informations- und Kommunikationsaktivitäten geprägt. Die Initiativen zur Information und Kommunikation waren in zunehmendem Maße Bestandteil jedes Forschungsprojekts und -programms. 2003 werden noch mehr Anstrengungen in diese Richtung unternommen, um die Transparenz der Stiftung bei ihren Zielgruppen zu erhöhen; den richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Informationen zu bieten, so lautet die Devise. Angesichts der bedeutenden sozialpolitischen Veränderungen spielt die Stiftung eine wichtigere Rolle denn je.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Jahresbericht 2002

2003 – vii, 36s. – 21cm x 29.7cm